Slovensko predsedstvo EU 2008
Slovenian Presidency of the EU 2008
La Présidence slovène de l'UE 2008

7. Europäisches Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen, Brüssel, 16.–17. Mai 2008

4 Säulen im Kampf gegen Armut

eu2008.si

Inhalt

Einleitung

Präambel

Der Kontext des 7. Treffens: Vesna LESKOŠEK, Vorsitzende des 7. Treffens 4

Mitteilung der Slowenischen EU-Ratspräsidentschaft an den Rat 6

Die Europäischen Treffen, ein voranschreitender Prozess 9

Eröffnungsplenum

- Marjeta COTMAN, Ministerium für Arbeit, Familie und soziale Angelegenheiten, Slowenien 11
- Jérôme VIGNON, Direktor, Direktorat für Sozialschutz und Integration, Europäische Kommission 12
- Jean-Marc DELIZÉE, Staatssekretär für Armutsbekämpfung, Belgien 12
- Salomé MBUGUA, Delegierte des 6. Europäischen Treffens von Menschen mit Armutserfahrungen (2007) 13

Workshops

Sozialdienstleistungen 15

Dienstleistungen von allgemeinem Interesse 19

Wohnen 21

Mindesteinkommen 25

Berichte aus den Workshops – Stellungnahmen – Diskussion 28

Abschlussplenum

- Vladimir ŠPIDLA, EU-Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit 30
- Romana TOMC, Staatssekretärin, Ministerium für Arbeit, Familie und soziale Angelegenheiten, Slowenien 31
- Martin HIRSCH, Hochkommissar für aktive Solidarität gegen Armut, Frankreich 32
- Marian HOŠEK, Stellvertretender Minister für Sozialpolitik Sozialdienstleistungen und Familienpolitik, Ministerium für Arbeit und soziale Angelegenheiten, Tschechische Republik 32
- Ludo HOREMANS, Präsident des EAPN 33

Einleitung

Seit dem Jahr 2003 sind die 2001 von Belgien initiierten Europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen ein Fixtermin auf der Agenda der Europäischen Union.

Zum bereits 7. Mal trafen sich am 16. und 17. Mai 2008 Menschen mit Armutserfahrungen in Brüssel. 124 Delegierte – Menschen, die Armut und soziale Ausgrenzung erfahren – aus 26 Länder nahmen, gemeinsam mit 90 Gästen aus nationalen Ministerien, EU-Institutionen, NGOs, Forschungseinrichtungen und Gewerkschaften, am Treffen teil.

Auf Vorschlag der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft konzentrierte sich das Treffen auf vier wie Puzzleteile zusammenhängende Themen: Sozialdienstleistungen, Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, Wohnen und Mindesteinkommen.

Die Delegierten hatten sich auf die Beschäftigung mit den vier Themengebieten (Mindesteinkommen, Wohnen, Sozialdienstleistungen, Dienstleistungen von allgemeinem Interesse) bereits im Vorfeld durch die Beantwortung folgender Fragen vorbereitet:

- Was funktioniert gut?
- Was funktioniert nicht?
- Wie können Verbesserungen herbeigeführt werden?

Mit einem Eröffnungsplenum begann die gemeinsame Arbeit, danach trafen sich die TeilnehmerInnen zu Austausch und Diskussion in sieben Workshops und nutzten dabei die in der nationalen Vorbereitung gewonnen Erkenntnisse.
Die Workshops endeten mit der Arbeit an Empfehlungen und einem gemeinsamen Bericht für das Abschlussplenum, wo die Vorschläge noch einmal kommentiert und diskutiert werden sollten.

Der vorliegende Bericht fasst die zentralen Botschaften der TeilnehmerInnen des Treffens zusammen, er stellt die Resultate früher Treffens vor, enthält die Reden der Eröffnungssitzung, eine Zusammenfassung der Workshops mit Auszügen aus der nationalen Vorbereitungsarbeit, Vorschlägen und Empfehlungen, sowie die Beiträge, Kommentare und Diskussionen des Abschlussplenums

Der Kontext des 7. Treffens

Die Vorsitzende des 7. Treffens, **Vesna LESKOŠEK** von der Fakultät für Sozialarbeit an der Universität von Ljubljana, Slowenien, begrüßte die TeilnehmerInnen und leitete das Treffen mit einer Einführung in die vier Themengebiete ein.
Im Zugang zu **Sozialdienstleistungen** konkretisieren sich die von Regierungen auf nationaler und regionaler Ebene beschlossenen politischen Maßnahmen. Je nach dem wird der Zugang zu Dienstleistungen und Programmen ermöglicht oder behindert, wobei nicht zuletzt die physische Erreichbarkeit und Zugänglichkeit von Bedeutung ist, beispielsweise im Hinblick auf die Nähe der vorhandenen Einrichtungen, öffentliche Verkehrsmittel, behindernde Bauweise ... Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Zugänglichkeit im Hinblick auf verschiedene Gruppen von KlientInnen, aber auch die Anzahl an bürokratischen Barrieren, die der Inanspruchnahme entgegenstehen. Derartige Hürden spiegeln oft eine Strategie der Einschränkung sozialer Rechte wider. Eine bedeutende Rolle spielt auch die Art und Weise, wie Menschen behandelt werden: Werden sie als soziale Problemfälle gesehen, und als inaktiv, unintelligent, und nicht in der Lage für sich selbst zu sorgen, stigmatisiert? Oder werden sie ermutigt, sich zu entwickeln, ihr Potential zu erweitern? Bemühen sich soziale Dienstleister darum, Hindernisse die einer besseren Integration in die Gesellschaft entgegenstehen, zu beseitigen? Werden KlientInnen mit Respekt behandelt und können sie ihre Würde bewahren?
Soziale Dienstleistungen können auch privatisiert sein, was meist bedeutet, dass sie nicht allen zu den gleichen Bedingungen zugänglich sind und dass es mehr um Profitstreben als um die Würde von Menschen geht.

Mindesteinkommen (monetäre Mindestsicherung) ist eine der zentralen Säulen im Kampf gegen Armut. Da ein Mindesteinkommen Standards für ein Leben in Würde setzt, gibt es weit reichende Debatten, was zu einem solchen würdigen Leben gehört und wie dieses gesichert werden kann.
Das Recht auf Sozialleistungen wurde von ArbeiterInnen erfolgreich erkämpft und muss nun entsprechend verbreitet werden. Menschen, die nicht (mehr) für ihren eigenen Unterhalt sorgen können, haben ein Recht auf diese Leistungen. Dies wird oft übersehen und man hört immer wieder, dass Menschen in Abhängigkeit von Sozialleistungen geraten und so ihre Motivation eine Erwerbsarbeit aufzunehmen, verlieren würde. Solche Debatten führen zur Abschaffung oder Einschränkung von Sozialleistungen, um so den Druck zur Arbeitssuche zu steigern.
Erfahrungen zeigen jedoch, dass die Reduzierung von Sozialleistungen nicht die Chance auf Beschäftigung sondern vielmehr die Armut verstärkt. Kultureller und ökonomischer Fortschritt haben den Lebensstandard erhöht, auf den jede und jeder ein Anrecht hat, unabhängig davon, ob dies durch Erwerbsarbeit erworben werden kann oder nicht.
Menschen leben nicht freiwillig in Armut. Es gilt die strukturellen Gründe für Armut zu suchen, wie sie von einer spezifischen Politik geschaffen werden.

Deshalb hat der Staat die Verpflichtung, Verantwortung dafür zu übernehmen, dass Menschen eine würdige Existenz haben. Die Einführung eines Mindesteinkommens ist hier ein effizientes Instrument. Dabei muss auch betont werden, dass eine wachsende Gruppen von Menschen, darunter MigrantInnen mit und ohne Papiere, Wohnungslose und andere Personen, denen die notwendigen Dokumente fehlen, vom Zugang zu Sozialdienstleistungen ausgeschlossen werden.

Wohnen bedeutet nicht nur Menschen ein Dach über den Kopf, sondern vielmehr ihnen ein Heim, das Sicherheit und Stabilität gewährleistet, zu geben. Es geht um einen privaten Raum, in dem die eigene Würde bewahrt und Stärke zurück gewonnen werden kann, wo Erholung, Freizeitaktivitäten, soziale Bindungen und die an den Besitz von Dingen geknüpfte Bewahrung von Erinnerungen, möglich wird.
All dies fördert ein Gefühl der Sicherheit und verhindert, sich ständig mit der eigenen Existenzsicherung beschäftigen zu müssen. Sicheren Zugang zu Wasser, Strom und Heizung zu haben, ermöglicht es Menschen, Zeit und Energie für andere Dinge aufzuwenden. Sonst wird das Nachdenken über das eigene Überleben zum alltäglichen Begleiter: Wie sich sauber halten? Wo einen Schlafplatz finden? Wo einen Ort für die persönlichen Dinge finden? Woher die Energie nehmen, die es braucht, um durch den Tag zu kommen?
Wohnpolitik ist ein zentraler Aspekt für die Reduzierung von Armut, weil dadurch möglich wird, Energie in andere Aktivitäten zu investieren als in die Sorge um Nahrung, einem Schlafplatz usw. Ein Zuhause zu haben, ermöglicht es, über Arbeitssuche, Bildung, den Erwerb neuer Fähigkeiten usw. nachzudenken.
Aus jahrzehntelanger Erfahrung wissen wir, dass der Wohnungsmarkt nicht genügend adäquate Wohnmöglichkeiten für Menschen bereithält, die unter oder knapp an der Armutsgrenze leben. Staaten sollten daher ihre Wohnpolitik basierend auf dem Bewusstsein der Bedeutung, den ein Zuhause für jede und jeden von uns hat, gestalten. Regierungen müssen Überlegungen zu adäquaten Wohnmöglichkeiten, die sie für die Menschen in ihrem Land bereitstellen, anstellen.

Wie sich im Zuge der Vorbereitungen für die Workshops herausgestellt hat, sind **Dienstleistungen von allgemeinem Interesse** auf gewisse Weise eine verborgene Säule der Armutsbekämpfung, da ihre Effekte nicht ausreichend erforscht sind und es wenig allgemeines Bewusstsein hinsichtlich ihrer Bedeutung gibt. Dieser Mangel an Bewusstsein ist darauf zurückzuführen, dass mangelnder Strom- oder Wasserzugang oft auf Menschen in ländlichen Gebieten oder in sehr marginalisierten städtischen Vierteln, wo es vor allem auch an Sanitäranlagen mangelt und generell eine schlechte Infrastruktur gibt, beschränkt ist.
In jüngster Zeit ist dieses Problem auch im Hinblick auf heruntergekommene Wohngebiete von MigrantInnen, älteren Personen, Roma, Wohnungslosen und anderen ausgegrenzten Gruppen deutlich geworden.
Zu den Dienstleistungen von allgemeinem Interesse gehören auch öffentliche Bus- und Zugverbindungen, die im Zeitalter flexibler Beschäftigung eine zentrale Rolle bei der Jobsuche spielen. Nur sehr wenige Menschen können hoffen, einen Job in ihrem Heimatort zu finden, eine wachsende Zahl muss mehrere Stunden am Tag pendeln, um an ihren Arbeitsplatz zu kommen. Auch Geschäfte konzentrieren sich heutzutage immer mehr in Shoppingzentren, die oft weit weg von den Wohngebieten liegen: Öffentliche Verkehrsmittel sind daher essentiell für jene, die in den Stadtzentren oder in abgelegenen Vororten leben und von noch größerer Bedeutung, für Menschen, die am Land wohnen und Schwierigkeiten beim Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung haben.

All diese Fragen müssen umfassend diskutiert werden. Die vorhergehenden Treffen haben gezeigt, dass wir keine sofortigen Ergebnisse und Veränderungen erreichen können. Nichtsdestotrotz ist es wichtig, den Dialog zwischen Menschen mit realen Armutserfahrungen und politischen Verantwortungs- und EntscheidungsträgerInnen zu etablieren und damit zur Reduzierung von Ungleichheiten beizutragen. Ich bin zuversichtlich, dass dieses Treffen dazu beigetragen hat, dies zu erreichen.

Mitteilung der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft an den Rat

Luxemburg, 9. und 10. Juni 2008

Die slowenische Ratspräsidentschaft hat mit Unterstützung der Europäischen Kommission, der Belgischen Regierung und dem Europäischen Anti-Armutsnetzwerk (EAPN) am 16. und 17. Mai 1008 das 7. Europäische Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen in Brüssel organisiert.

124 Delegierte aus 26 Ländern, sowie 90 Gäste aus nationalen Ministerien, EU-Institutionen, NGOs, Wissenschaft und Gewerkschaften, haben an diesem Treffen teilgenommen.
Das diesjährige Treffen hat sich auf vier Säulen im Kampf gegen Armut konzentriert:
Dienstleistungen von allgemeinem Interesse
Sozialdienstleistungen
Wohnen
Mindesteinkommen

Im Folgenden finden sich die **zentrale Botschaften und Empfehlungen** der Delegierten des siebten Treffens:

Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, die für alle zugänglich und leistbar sind, sind für ein Leben in Würde und als Ausdruck des Respekts vor Grundrechten unerlässlich. Viele Delegierte berichteten von zunehmenden Schwierigkeiten im Zugang zu Dienstleistungen und Gütern. Im Speziellen wurde dabei das Thema Energiearmut diskutiert. Hinsichtlich der Konsequenzen steigender Preise für Energie und andere Dienstleistungen für Menschen mit niedrigen Einkommen wurde große Sorge zum Ausdruck gebracht. Die Delegierten machten dabei auch die inakzeptable Wahl zwischen Heizung und Ernährung zum Thema.

Zentrale Empfehlungen der Delegierten:

- Der leistbarer Zugang zu Energie und anderen grundlegenden Dienstleistungen muss als Grundrecht garantiert werden.
- Alle Mitgliedsländern müssen den leistbaren Zugang zu allen entscheidenden Dienstleistungen garantieren, z.B. durch Maßnahmen wie Preisregulierungen, den garantierten Zugang zu einem Mindestpaket an Dienstleistungen, Maßnahmen zur Prävention von Abschaltungen, etc.
- Die vorgeschlagene Europäische Charta der Rechte von Energieverbrauchern muss soziale Standards beinhalten und rechtliche Verbindlichkeit bekommen. Die Charta muss zu einem Instrument des Verbraucherschutzes werden.
- Energiearmut muss als zentrales Problemgebiet anerkannt werden, auf dem die EU gemeinsam und dringend aktiv werden muss, insbesondere im Licht steigender Energiekosten. Dabei müssen auch Aktivitäten für faire Preispolitik und Energieeffizienz gesetzt und diese mit der Sicherung eines adäquaten Mindesteinkommens kombiniert werden.
- Informationen müssen im persönlichen Kontakt verständlich gemacht und vermittelt werden. Es genügt nicht, sich auf elektronische Informationsweitergabe zu beschränken, da diese NiedrigeinkommensbezieherInnen diskriminiert; darüber hinaus müssen kostenlose und unabhängige Beratung und effiziente Beschwerdeprozesse garantiert werden.
- Die Effekte der Liberalisierung des Marktes, sowie auch der Dienstleistungsrichtlinie, müssen dringend evaluiert werden, um deren soziale Auswirkungen auf Menschen mit Armuts- und Ausgrenzungserfahrungen zu messen.
- Menschen mit Armutserfahrungen müssen in die Entwicklung, Umsetzung und Evaluierung von politischen Maßnahmen, die mit Dienstleistungen von allgemeinem Interesse im Zusammenhang stehen, eingebunden werden, wenn eine tatsächliche Bewertung erfolgen soll, in wie weit diese und die gegenwärtigen Mechanismen des Binnenmarkts soziale Eingliederung fördern.

Sozialdienstleistungen leisten einen entscheidenden Beitrag, um die soziale Integration von Menschen in Armut vorantreiben und müssen allen in guter Qualität und garantiert zugänglich sein. Binnenmarktregeln dürfen keine Priorität über Grundrechte haben und sich nicht negativ auf die Verpflichtung der Mitgliedsländer auswirken, zugängliche Sozialdienstleistungen, die den tatsächlichen Bedürfnissen der lokalen Gemeinschaften dienen, bereit zu stellen.
Das Recht auf Sozialleistungen ist in der Grundrechtscharta verfasst; aufgrund diskriminierender Kriterien, Verträge und Sanktionen wird es jedoch zunehmend schwieriger, dieses Recht in Anspruch zu nehmen.

Zentrale Empfehlungen der Delegierten:

- Garantiertes Recht auf Zugang zu qualitätvollen Sozialdienstleistungen.
- Sozialdienstleistungen müssen erschwinglich, von guter Qualität und beständig sein, und den Bedürfnissen von Menschen mit Armuts- und Ausgrenzungserfahrungen entsprechen bzw. sich den veränderten Bedürfnissen im Lebenszyklus entsprechend anpassen.
- Jede und jeder hat das Recht auf Gleichbehandlung und Bewahrung ihrer bzw. seiner Würde, und auf den nicht-diskriminierenden Zugang zu Dienstleistungen.
- Information und Beratung müssen jeder Person verpflichtend zur Verfügung gestellt werden und solcherart sein, dass sie auch für Menschen mit niedrigen Einkommen zugänglich ist, z. B. durch Angebote auf lokaler Ebene.
- Der Zugang zu erschwinglicher qualitätvoller Gesundheitsversorgung und zu Wohnmöglichkeiten muss dringend verbessert werden.
- Ein Europäisches Observatorium für Gesundheit und Armut soll errichtet werden.
- Die aktuelle Vorgangsweise, bei der Verträge zwischen KlientInnen und Dienstleistungsanbietern abgeschlossen werden, wird von Menschen mit Armutserfahrungen mit Sorge beobachtet. Es müssen Aktivitäten gesetzt werden. um sicherzustellen, dass diese Verträge niemanden diskriminieren.

- Die EU sollte Qualitätsstandards etablieren, um sicherzustellen dass ihre Mitgliedsländer den Zugang zu leistbaren qualitätvollen Sozialdienstleistungen garantieren
- Nationale Regierungen müssen garantieren, dass Sozialdienstleistungen effizient und in Übereinstimmung mit den auf EU-Ebene festgelegten Standards umgesetzt werden.
- Sozialdienstleistungen müssen auf lokaler Ebene koordiniert, umgesetzt und evaluiert werden.
- Im Sinne der Respektierung der Menschenrechte müssen Menschen mit Armutserfahrungen durch strukturelle Teilhabemechanismen auf allen Ebenen eingebunden werden. Partizipative Modelle der Entwicklung politischer Maßnahmen und deren Vollzug müssen durch EU-Mittel und nationale Finanzierung aktiv gefördert und unterstützt werden

Das Recht auf **Wohnen** bzw. Unterkunft muss von der EU als Grundrecht anerkannt werden. Die TeilnehmerInnen des Treffens betonten, dass Wohnen mehr bedeute als über vier Wände zu verfügen und dass Menschen, eine gute Wohnumgebung mit guten Dienstleistungsangeboten brauchen, um in Würde leben zu können. Die spezifischen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit Wohnfragen und der Unterkunft von Wohnungslosen, Menschen mit Drogenproblemen oder psychischen Krankheiten wurden hervorgehoben, aber auch Beispiele erfolgreicher Wohnprojekte vorgestellt, die den Bedürfnissen der genannten Gruppen entsprechen, diese direkt involvieren und von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) geleitet werden.

Zentrale Empfehlungen der Delegierten:

- Die TeilnehmerInnen äußerten große Sorge hinsichtlich der Schwierigkeiten von MigrantInnen in Wohnfragen. Darüber hinaus wurde angemerkt, dass Menschen mit Behinderungen besondere Wohnbedürfnisse haben, um ihr Recht auf ein unabhängiges Leben umsetzen zu können. Weiters wurde darauf hingewiesen, dass in vielen Mitgliedsländern steigende Wohnkosten und der hohe prozentuelle Anteil des verfügbaren Einkommens, der für Wohnkosten aufgebracht werden muss, zu einem Problem für große Teile der Bevölkerung werden. Auch wenn anerkannt wurde, dass Wohnpolitik in erster Linie in der Verantwortung der einzelnen Mitgliedsländer liegt, wurde auch zum Ausdruck gebracht, dass es stärkere Anstrengungen in der Zusammenarbeit auf EU-Ebene braucht, um die Probleme hinsichtlich des Zugangs zu Wohnraum entsprechend anzugehen.
- Die Beteiligung von NGOs und Menschen, die persönlich von Wohnproblemen betroffen sind, ist zentral um die tatsächlichen Bedürfnisse von wohnungslosen Personen und Personen mit Wohnproblemen zu erkennen.
- Es braucht finanzielle Unterstützung für das Empowerment wohnungsloser Menschen und für NGOs, die Lösungsvorschläge für Wohnprobleme erarbeiten.
- Durch die Entwicklung von Strategien und Nationalen Aktionsplänen soll Fragen der Wohnungslosigkeit größere Aufmerksamkeit geschenkt werden.
- Wohnen und Wohnungslosigkeit sollten als Thema für ein thematisches Schwerpunktjahr der EU-Eingliederungsstrategie gewählt werden.
- Öffentlicher sozialer Wohnbau ist ein wichtiger Bestandteil einer erfolgreichen Lösungsstrategie gegen Wohnprobleme.
- Europäische Strukturfondsmittel sollten besser zur Verstärkung des Angebots an kostengünstigem Wohnraum eingesetzt werden.
- Die Mitgliedslänger sollten Vorgaben für den höchstmöglichen Prozentsatz an Wohnausgaben vom verfügbaren Einkommen machen.
- Steuerpolitische Maßnahmen sollen negative Anreize im Hinblick auf leer stehende Wohnungen und Spekulationen am Wohnungsmarkt setzen.
- Die Nicht-Diskriminierung beim Zugang zu Wohnmöglichkeiten ist zentral und die EU-Gesetzgebung muss in diese Bereich verstärkt und ihre Umsetzung streng beobachtet werden.

Mindesteinkommenssysteme müssen in allen Mitgliedsländern eingeführt werden. Ein Mindesteinkommen muss als Recht gesehen und es muss erkannt werden, dass die für die Bewahrung der Menschenwürde eingesetzten Mittel eine Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft sind.

Empfehlungen der Delegierten:

- Ein Mindesteinkommen muss als dynamisches Instrument gesehen werden, das Menschen in Not auf einfache Weise die Möglichkeit zur Verbesserung ihres Lebens bietet.
- Unter der Rücksicht, dass Beschäftigung nicht die einzige Möglichkeit der Eingliederung ist, sind Mindesteinkommen als Investition in die Verbesserung von Eingliederungsmaßnahmen zu sehen.
- Die TeilnehmerInnen beharrten auf die Fortschritte, die hinsichtlich der verfügbaren Information und des Zugangs zu Mindesteinkommen, notwendig sind. Bürokratische Prozeduren sollten vereinfacht und transparenter und unter Respekt für die Würde der betroffenen Personen gestaltet werden (z.B. in dem eine einzige Stelle für Anträge zuständig ist und betroffene Personen ihre Geschichte nicht zigmal wiederholen müssen).
- Mindesteinkommen ist nicht nur eine Sache des Geldes, es geht auch um den Zugang zu medizinischer Versorgung, zu Kultur ... und zu anderen Ressourcen, die für ein Leben in Würde notwendig sind.
- Mindesteinkommenssysteme müssen sich an den realen Lebenshaltungskosten orientieren und Preissteigerungen berücksichtigen. Dabei müssen sie den Lebensstandard des betreffenden Landes und die Frage, was Menschen tatsächlich brauchen, berücksichtigen. Soziale Organisationen spielen eine wichtige Rolle im Hinblick auf partizipative Methoden der Definition eines Warenkorbes, der alles umfasst, was für ein Leben in Würde notwendig ist.
- Die EU sollte die Anerkennung von Mindesteinkommen als Aktivposten und Ressource anstatt als bloße Kosten voran-

treiben und sollte vermeiden, Mindesteinkommenssysteme als «passive Maßnahmen» zu stigmatisieren.

Die Delegierten betonten die Notwendigkeit, diese vier Säulen im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung sichtbar zu machen. Sie betonten darüber hinaus auch die Wichtigkeit des Gesprächs mit den Medien, damit diese anstatt der negativen Bildern von «faulen, arbeitsunwilligen Menschen» Bilder von Armutsrealitäten verbreiten, wie sie von Betroffenen erfahren werden. Die Delegierten beharrten darauf, dass die Förderung der Partizipation von Menschen mit Armutserfahrungen entscheidend für die Überwindung dieser negativen Stereotypen ist und einen Beitrag darstellt, ihre Intelligenz und wertvollen Erfahrungen, wie auch ihre Fähigkeit, konstruktive Beiträge zu leisten, anzuerkennen.

Die Delegierten forderten die Entwicklung von Evaluationsinstrumenten, um Fortschritte zwischen den Treffen zu messen. Sie wiesen außerdem auf die Notwendigkeit der Evaluierung der Effekte der derzeitigen EU-Eingliederungsstrategie im Vorfeld des EU-Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung 2010 hin.

Vorschläge der Ratspräsidentschaft

Die Präsidentschaft unterstützt die Ansicht, dass die Partizipation von Menschen mit Armutserfahrungen zentral ist und es größerer Anstrengungen bedarf, um diese weiter zu fördern.

Die Präsidentschaft ermutigt die Mitgliedsstaaten die Botschaften und Empfehlungen der Delegierten des siebten Treffens in ihre Nationalen Aktionspläne 2008-2011, ihre Nationalen Reformprogramme und in das Follow-up der Kommunikation zur aktiven Eingliederung aufzunehmen.

Die Präsidentschaft bestärkt die Kommission die Vorschläge der Delegierten des siebten Treffens im Hinblick auf ihre Arbeit an Fragen zu Dienstleistungen, zu den entwickelnden Prinzipien aktiver Eingliederung, im Follow up zur Lissabon Strategie und der Offenen Methode der Koordinierung zu sozialer Eingliederung und bezüglich der Vorschläge für eine zukünftige soziale Agenda zu beachten

Die Präsidentschaft ermutigt alle TeilnehmerInnen und Gäste des siebten Treffens die Resultate und Erfahrungen dieses Treffens so weit als möglich zu verbreiten und stärkere Anstrengungen zu unternehmen, um den Beitrag dieser Ergebnisse zum Wissens- und Erfahrungsaustausch, zu konkreten Armutsbekämpfungsaktivitäten und zur ständigen Weiterentwicklung politischer Maßnahmen zur Beseitigung von Armut und sozialer Ausgrenzung auf allen Ebenen hervorzuheben.

Die Europäischen Treffen – ein voranschreitender Prozess

Der Europäische Rat von Lissabon (2000) beschloss die Realisierung einer Europäischen Strategie, um «bis zum Jahr 2010 einen entscheidenden Beitrag zur Beseitigung von Armut in Europa zu leisten»; die dabei vereinbarte Strategie der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ist ein zentrales Element hinsichtlich der Erfüllung dieser Verpflichtung und soll alle Akteure, einschließlich Menschen mit Armutserfahrungen, mit einbeziehen.

Die Europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen werden im Rahmen dieser Strategie umgesetzt und sind Teil eines voranschreitenden Prozesses.
Dabei werden in jedem Mitgliedsland sowohl intensive Vorbereitungs- als auch Nacharbeiten unternommen.

Was ist von den vergangenen Treffen festzuhalten?

2001 brachte die belgische Regierung ihre seit 1994 bestehenden Erfahrungen mit Partizipationsprojekten ein und nutzte ihre EU-Ratspräsidentschaft, um das erste Europäische Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen zu veranstalten, das sich mit den vier Themenfeldern Wohnen, Gesundheit, Ausbildung und Einkommen beschäftigte.
Zentrale Schlussfolgerung diese ersten Treffens war es, dass Menschen mit Armutserfahrungen über das Wissen und die Expertise verfügen, um Ausgrenzung zu analysieren und dass sie an der Gesellschaft teilhaben und in alle Entscheidungen, die für ihr Leben relevant sind, einbezogen werden wollen.

2002 schlug die belgische Regierung die Abhaltung eines zweiten Treffens vor, eine Initiative, die von der Griechischen Präsidentschaft aufgegriffen wurde. Das EAPN wurde beauftragt, das Treffen vorzubereiten, aus Zeitmangel war jedoch keine umfassende Vorbereitungsarbeit der Delegationen möglich. Thema waren Beispiele guter Partizipationspraxis. In den Vorbereitungsarbeiten und Workshops wurden Modelle partizipativer Prozesse sichtbar und es wurde folgende Forderung der Delegierten verabschiedet: Menschen mit Armutserfahrungen möchten direkt mit politischen EntscheidungsträgerInnen über die sie betreffende Politik sprechen.

Auf Basis dieser Forderung richtete die griechische Präsidentschaft im Juni des Jahres die Anfrage an den Rat, die Europäischen Treffen als regelmäßig stattfindenden Prozess, vergleichbar dem jährlichen *Social Round Table*, zu etablieren.

2003 Das für das Treffen unter irischer Präsidentschaft gewählte Thema entstammte den Forderungen des zweitens Treffens und richtete den Fokus auf den Dialog zwischen PolitikerInnen und Menschen mit Armutserfahrungen. Unter dem Titel «Partizipation ist kein Einbahnstraße» und im Kontrast zu bestehenden Traditionen wurden die «Autoritäten» bei diesem Treffen zu «Gästen» der Menschen mit Armutserfahrungen und beteiligten sich direkt am Austausch und den Diskussionen in den Workshops. Am Ende des Treffens stand ein offenes Diskussionsform von Menschen mit Armutserfahrungen und einer Runde politischer EntscheidungsträgerInnen. Eine DVD, die im Zuge des Events entstand, konnte fortan von nationalen Netzwerken des EAPN eingesetzt werden, um die Bewusstseinsbildung von nationalen und regionalen PolitikerInnen voranzutreiben.

2005 Die luxemburgische Präsidentschaft beschloss, das Thema «Bilder und Wahrnehmung von Armut» zu behandeln, wobei auch die Medienberichterstattung große Aufmerksamkeit bekam. Die TeilnehmerInnen brachten Patchworks, Malereien und Fotografien zum Treffen mit. Diese kreativen Werke wurden zu einer Ausstellung zusammengeführt, die im Rahmen des Social Round Table in Glasgow erstmals gezeigt wurde. Auch ein Ausstellungskatalog wurde veröffentlicht.
Wie ernst es der luxemburgischen Präsidentschaft mit ihrem Engagement war, wurde auch durch eine wirkungsvolle Mitteilung an den EU-Ministerrat deutlich, in dem alle EU Mitgliedsländer aufgefordert wurden, ähnliche Treffen zu organisieren.

Viele nationale Netzwerke des EAPN begannen in der Folge nach und nach ähnliche Treffen auf nationaler oder regionaler Ebene zu veranstalten.

2006 Unter dem Thema «Wie bewältigen wir unsere Armut» umfassten die Vorbereitungen unter österreichischer Ratspräsidentschaft alle möglichen Aspekte von Armut und sozialer Ausgrenzung. Die Grundlagenarbeit, die in der nationalen Vorbereitungsarbeit der Delegationen geleistet wurde, bezeugte das hohe Maß an Eigeninitiative und Energie von Menschen mit Armutserfahrungen. Alle Delegationen hatten Poster vorbereitet, deren Präsentation im Eröffnungsplenum zu einem unvergesslichen Highlight des Treffens wurde. Die Poster wurden zu einer Ausstellung für den Round Table in Finnland zusammengestellt, die im April 2007 auch im Kommissionsge-

bäude und im Juli 2007 beim ersten nationalen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen im Vereinigten Königreich zu sehen war. Die Evaluation des fünften Treffens machte die Notwendigkeit einer Bestandsaufnahme der bisherigen fünf Treffen deutlich.

2007 Für das unter deutscher Ratspräsidentschaft durchgeführte sechste Treffen wurde beschlossen, diese Bestandsaufnahme unter dem Titel «Den Prozess verstärken, die nächsten Schritte planen» in den Blick zu nehmen
130 Delegierte aus 27 Ländern, sowie 97 RepräsentantInnen von europäischen und nationalen Behörden trafen sich am 4. und 5. Mai in Brüssel. Sowohl Delegierte als auch Gäste brachten das Thema des Treffens durch das Mitbringen eines symbolischen Objekts auch visuell zum Ausdruck. Ohne die vorhandenen sozialen Fortschritte gering schätzen zu wollen, betonten die Delegierten, dass das Ziel die Armut bis 2010 zu beseitigen angesichts des deutlichen Zeichens der Zunahme von Armut unrealistisch sei.
Das sechste Treffen brachte deutlich zum Ausdruck, dass partizipative Prozesse einen wesentlichen Beitrag zum Empowerment von Menschen mit Armutserfahrungen leisten. Dabei wurde auch festgestellt, dass die Zusammenarbeit zwischen Organisationen und öffentlichen Behörden verstärkt werden konnte und eine Verbesserung des fortlaufenden Dialogs auf nationaler Ebene gefordert.

Eröffnungsplenum

Marjeta COTMAN, Ministerin für Arbeit, Familie und soziale Angelegenheiten, Slowenien

Zuerst möchte ich all den Mitorganisatoren danken, besonders dem Europäischen Anti-Armutsnetzwerk EAPN, dessen Direktor Fintan Farrell und seinem Team, ohne die dieses Treffen nicht abgehalten hätte werden können. Ich möchte außerdem meinen Dank gegenüber der Europäischen Kommission für ihr Engagement und ihre finanzielle Unterstützung zum Ausdruck bringen, sowie der belgischen Regierung danken, die den Veranstaltungsort zur Verfügung stellt und es uns damit ermöglicht, über das uns allen wichtige und besorgniserregende Thema der Armut zu diskutieren.

Ich muss zugeben, dass ich sehr viel glücklicher wäre, wenn wir in einem Europa, in dem schon vor Jahren soziale Sicherungssysteme entwickelt wurden, nicht über Armut diskutieren müssten. Unglücklicherweise müssen wir uns jedoch mit der Tatsache abfinden, dass im 21. Jahrhundert Armut nicht nur eine noch stets vorhandene, sondern sogar eine zunehmende Realität darstellt.

Ich möchte sie nicht mit Statistiken belasten, die für Sie und Ihre Famlien nicht sehr relevant sind. Meiner Meinung nach ist es unsere wichtigste Aufgabe, für jene Bedingungen zu sorgen, die jeder und jedem die Möglichkeit eines würdigen Lebens guter Qualität geben. Wir sollten dabei auf gemeinsame europäische Werte wie Solidarität und Zusammenhalt aufbauen, auf Chancengleichheit, die Bekämpfung jeglicher Form von Diskriminierung, Sicherheit am Arbeitplatz, die Einbeziehung der Zivilgesellschaft und auf nachhaltiges Wachstum.

Arbeit ist der wichtigste Wert. Dabei geht es nicht einfach um eine Arbeit, mit der wir unser Brot verdienen, sondern um eine Arbeit, die unsere Menschenwürde fördert und uns Sicherheit gibt. Daher ist die Eingliederung in den Arbeitsmarkt all jener die zu Erwerbsarbeit fähig sind ein zentrales Ziel auf europäischer Ebene. Gleichzeitig müssen wir jedoch auch adäquate Sozialschutzsysteme für jene die nicht arbeiten können, garantieren.

Armut und soziale Ausgrenzung sind komplexe und multidimensionale Probleme, die sowohl die Gesellschaft als auch Individuen betreffen. Wir müssen dies im Zusammenhang sehen. Die Erfahrungen, die aus bisherigen Treffen gewonnen wurden, haben gezeigt, dass die Kooperation zwischen RepräsentantInnen nationaler Regierungen, der Europäischen Kommission, NGOs, der Sozialpartner und anderer wichtiger Akteure im Austausch mit Menschen mit Armutserfahrungen zentral für die Bekämpfung von Armut ist. Eine solche Kooperation ist für die Verbesserung politischer Maßnahmen und Praktiken, die das alltägliche Leben von Menschen mit Armutserfahrungen betreffen, von großer Bedeutung.

Aktuelle Diskussionen zur erneuerten sozialen Agenda bestätigen, dass soziale Ziele Bestandteil europäischer Politik werden und fortlaufend beobachtet werden müssen. Wir müssen uns zudem darum bemühen, dass diese Ziele von der Bevölkerung unterstützt werden.
Wir alle wünschen uns Möglichkeiten für die beste persönliche Entwicklung, wir alle brauchen Zugang zu Bildung, zu guter Gesundheitsversorgung, zu Sozialdienstleistungen und anderen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse. Und vor allem brauchen wir Solidarität. Wir brauchen sie, wenn wir nicht in der Lage sind, für uns selbst zu sorgen, und die Gesellschaft braucht Solidarität, um Bestand zu haben und sich weiterentwickeln zu können.

Wir wissen, dass soziale Ziele in alle Bereiche europäischer Politik integriert werden müssen. Wir müssen Möglichkeiten schaffen, die Entwicklung des individuellen Potentials in jeder Lebensphase zu maximieren, wir müssen Zugang zu Bildung, Pflege, sozialer Sicherheit und Dienstleistungen von allgemeinem Interesse schaffen, deshalb muss die Europäische Agenda einen besonderen Fokus auf Investitionen in die entsprechende Infrastruktur legen. Letztendlich ist Solidarität sowohl auf individueller Ebene, also für jene, die nicht für sich selbst sorgen können, als auch für den Bestand und die Weiterentwicklung der Gesellschaft entscheidend.
Bereits auf dem von der deutschen Präsidentschaft im Vorjahr organisierten sechsten Treffen wurde festgelegt, dass diese Treffen auch eine neue Möglichkeit darstellen, sich in die Implementierung verschiedener Prozesse und politischer Maßnahmen auf EU Ebene einzubringen.
Dabei sind es nicht PolitikerInnen oder WissenschaftlerInnen die im Zentrum des Interesses stehen, sondern die Menschen, die ihre Probleme selbst am besten kennen. Jedes Wort und jede Meinung ist wichtig, um die größtmögliche soziale Teilhabe zu erreichen. Deshalb muss jede Person in die Lage versetzt werden, ihre oder seine Meinung zum Ausdruck zu bringen und damit zu einem sozialen Europa, das frei von Ausgrenzung ist, beizutragen.
Das Thema des diesjährigen Treffens lautet: «Vier Säulen im Kampf gegen Armut». Diese Säulen sind: Sozialdienstleistungen, Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, Wohnen und Mindesteinkommen. Warum diese vier Säulen? Weil im letztjährigen Treffen diese als besonders brennende Fragen betont wurden. Deshalb ist auf diesen Gebieten unser gemeinsamer Beitrag gefragt. Darüber hinaus müssen wir diese Beiträge in die aktuellen Diskussionen zum Binnenmarkt und zur Liberalisierung von Dienstleistungen und in den Entwurf eines Mindesteinkommensstandards für die Europäische Union einbringen.

Die Bemühungen auf EU-Ebene müssen darauf abzielen die Rolle der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und deren Bedeutung für Menschen zu bewahren. Wir möchten außerdem die Qualität und die Zugangsmöglichkeiten zu Sozialdienstleistungen deutlich steigern, da dies die Lebensqualität von EU-BürgerInnen ohne Zweifel erhöhen wird.
Dies ist eines der zentralen Ziele, das von der slowenischen Ratspräsidentschaft, die einen besonderen Fokus auf Sozialdienstleistungen legt, unterstützt wird. Wir unterstützen

den Vorschlag der Europäischen Kommission hinsichtlich des Aufbaus eines harmonischen europäischen Rahmenwerks für Sozialdienstleistungen. Wir setzen uns auch für ein Übereinkommen zu zentralen Prinzipien zur Qualität von Sozialdienstleistungen und von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse auf EU-Ebene ein.

Wir sind sehr daran interessiert, Ihre Meinungen zu wohnpolitischen Fragen und Fragen rund um ein Mindesteinkommen zu hören.

Wir brauchen Ihre Hilfe, um adäquate Lösungen zu finden. Ich bin davon überzeugt, dass Sie in den nächsten beiden Tagen sehr aktiv und sehr erfolgreich sein werden, dass es Ihnen möglich sein wird, zuzuhören und gehört und verstanden zu werden. Ich bin überzeugt, dass wir gemeinsam Lösungen für Ihre alltäglichen Probleme suchen und finden werden.

Ich wünsche Ihnen produktive Diskussionen.

Jerome VIGNON, Direktor, Direktorat für Sozialschutz und Integration, Europäische Kommission

Die Herausforderungen dieses weiteren Treffens von Menschen mit Armuts- und Ausgrenzungserfahrungen

Als Vertreter der Europäischen Kommission hatte ich das Privileg bereits an den vorhergehenden Treffen teilzunehmen und ich möchte deren Bedeutung für die europäischen Institutionen: das Europäische Parlament, den Ministerrat und die Kommission unterstreichen und betonen, wie produktiv sich dieser seit 2001 geführte Dialog 2001 erwiesen hat.

Meine Anerkennung gilt auch dem belgischen Staat, der heute durch den Staatssekretär für Armutsbekämpfung, Jean-Marc Delizée vertreten wird. Ich bin mir vollkommen bewusst, dass Belgien die treibende Kraft hinter der ursprünglichen Initiative eines solchen Treffens im Jahr in Jahr 2001 war, das den Ausgangspunkt für eine europäische Strategie der Bekämpfung von Ausgrenzung und Armut bildete.

Wir wissen, dass nichts perfekt ist. Es ist nicht einfach aus allen Ecken eines wachsenden Europas zusammen zu kommen. Es ist nicht einfach, sich so lange im Voraus vorzubereiten. Dank der Beharrlichkeit des EAPN und dessen OrganisatorInnen, denen ich hiermit gratulieren möchte, ist diese Treffen jedes Jahr möglich, wird dieses Treffen immer größer und von größerem Nutzen. Und dies verdient umso mehr Anerkennung, als im letzten Jahr - 2007 - einen gewisse Frustration wahrnehmbar war.

Was haben die Treffen der Kommission gebracht?

Diese Treffen haben reale Auswirkungen. Zunächst weil Sie es sind, die die Institutionen einladen, was ein wichtiges Symbol des Beitrags von Menschen mit Armutserfahrungen ist.
Aus den Treffen der Jahre 2001 und 2003 hat die Kommission gelernt, dass Partizipation ein Schlüsselaspekt der Europäischen Strategie ist. 2005 wurde auf die symbolische Bedeutung der Bilder und Wahrnehmungen von Menschen mit Armutserfahrungen hingewiesen. Seither beinhaltet das Förderprogramm «Progress» einen Schwerpunkt auf Fragen der Kommunikation und der Bilder.

2006 war die Reduzierung von Ungleichheiten angesichts einer sich zunehmend pyramidal entwickelnden Gesellschaft das zentrale Thema des Europäischen Treffens.
Diesem Ergebnis folgend, betonte die Lissabon Strategie soziale Eingliederung als Ziel an sich. Die soziale Frage wurde zu einem Ziel der Europäischen Union.

2008 geht es um die gemeinsame Wirkkraft von Dienstleistungen. Sozialer Zusammenhalt hat nicht nur mit Beschäftigung zu tun. Alle Politikbereiche der Europäischen Union müssen zur Verwirklichung von sozialem Zusammenhalt in Europa beitragen.

Jean-Marc DELIZÉE, Staatssekretär für Armutsbekämpfung, Belgien

Ich möchte zunächst betonen, dass es mir eine Ehre ist an diesem Europäischen Treffen teilzunehmen. Ich sage dies mit einer Mischung aus Demut und Respekt. Demut, weil die Übernahme von Verantwortung für Armutsbekämpfung in Belgien, wie überall in Europa, bedeutet, sich angesichts einer immensen Herausforderung sehr klein zu fühlen. Es geht um die fundamentale Frage, wie Ungleichheiten, die in Belgien, in Europa und in der Welt existieren, reduziert werden können. Wie können wir die Spaltung unserer Gesellschaft heilen? Wie können wir allen Existenzsicherung und Würde garantieren?
Respekt, weil ich mir vorstellen kann, wie groß die Anstrengungen für einige von Ihnen sind. Ich kann mir vorstellen, dass es nicht leicht ist, hier herzukommen und Zeugenschaft abzulegen, die eigene Lebensrealität zu erklären und die eigenen Anliegen vorzubringen. Respekt, weil Sie die Stärke gefunden zu haben, dies zu tun.

2001 hat die belgische Ratspräsidentschaft der Europäischen Union das erste Europäische Treffen initiiert und organisiert, um einen dialogalen und partnerschaftlichen Zugang zu Armutsdiskussionen zu ermöglichen. Diese Initiative wurde von anderen Ländern aufgegriffen.

Ich möchte mich bei den PolitikerInnen, die diesen Weg weiter beschritten haben bedanken, und besonders bei meiner slowenischen Kollegin, Frau Cotman, für die Organisation dieses siebten Treffens.

Erstmals gibt es in Belgien nun einen Staatssekretär für Armutsbekämpfung. Die belgische Regierung will diese damit als wichtiges Thema betonen. Es gilt eine große Herausforderung anzunehmen zu deren Bewältigung die Mobilisierung aller Kräfte notwendig ist. Ein Staatssekretariat verleiht dem Kampf gegen Armut politische Öffentlichkeit. Meine Aufgabe ist es Aktivitäten zu stimulieren und zu koordinieren, dabei werden unsere Reflexionen von Ihrer Arbeit genährt. Ich möchten Ihnen vor allem zuhören, Ihre Erwartungen, Erfahrungen und Forderungen hören. Wir können keine Lösungen ohne dieses Zuhören, den Austausch und Dialog finden. Politik darf nicht für sondern muss mit den Menschen gemacht werden und es braucht die Mobilisierung aller auf allen Ebenen, in der eigenen Nachbarschaft und dem eigenen Dorf bis hin zu den europäischen Autoritäten.

Im Jahr 2000 in Lissabon haben sich die Staatschefs sehr ambitionierte Ziele gesetzt, aber wir sind keinen Schritt vorangekommen. Wir müssen gemeinsam konkrete Maßnahmen für unsere Länder vorschlagen und erneut europäische Ziele für eine Gesellschaft mit starkem sozialen Zusammenhalt formulieren.

Salomé MBUGUA, Teilnehmerin des 6. Europäischen Treffens von Menschen mit Armutserfahrungen – 2007

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, den VeranstalterInnen dieses wichtigen Treffens zu danken und der Hoffnung Ausdruck zu geben, dass diese Zusammenkünfte fortgesetzt werden. Ich fühle mich privilegiert und geehrt, meine Erfahrungen des letzten Jahres hier mit Ihnen teilen zu dürfen.
Als ich 2007 ausgewählt wurde, um am sechsten Treffen teilzunehmen, war mir nicht klar, was mich erwartete. Vier der irischen TeilnehmerInnen trafen sich im Vorfeld mehrmals zur Vorbereitung auf das Treffen. Irland entschied sich das Thema Armutserfahrungen von MigrantInnen zu wählen und folglich wurden die VertreterInnen Irlands aus verschiedenen migrantischen Gruppen ausgewählt.

Sieben Bereiche die den Lebensstil und die Lebensbedingungen von MigrantInnen beeinflussen, wurden bestimmt und jede TeilnehmerIn übernahm es, zu einem Bereich nähere Recherchen anzustellen.

1. 19,10 Euro für erwachsene AsylwerberInnen
2. Eingeschränkte Mobilität
3. Familienzusammenführung
4. Rassismus und Diskriminierung
5. ArbeitnehmerInnen ohne Papiere
6. Mangel an Anerkennung von Ausbildungen

Die vier VertreterInnen arbeiteten mit ihren jeweiligen Gruppen daran, Bilder für ihre Präsentation vorzubereiten. Die Unterstützung des EAPN Irland in diesem Vorbereitungsprozess war hilfreich und wurde von uns dankbar angenommen: professionelle Unterstützung und Meinungen waren uns sehr wichtig.

Die Delegierten aus Irland reisten bereits am Vortag des Treffens an. Die TeilnehmerInnen aller Länder waren aufgefordert worden, selbst angefertigte dreidimensionale Objekte im Eröffnungsplenum zu präsentieren. Als wir an der Reihe waren, wurde mir klar, dass die Anwesenheit von vier Delegierten einer ethnischen Minderheit eine Herausforderung war.
Wir hatten beschlossen Delegierte zum Treffen zu schicken, die direkte Erfahrungen mit den dort diskutierten Themen hatten. Das war eine sehr starke und sehr stärkende Erfahrung. Wir spürten auch, dass unsere Präsentation die Anwesenden bewegte und wir glauben, viel von den anderen gelernt zu haben, denn es ist wichtig von der Verschiedenartigkeit von in Europa lebenden Menschen und deren unterschiedlicher Erfahrungen von Armut, Ausgrenzung und Diskriminierung zu hören.

Unsere Präsentation stellte auch die Meinung der irischen Mehrheitsgesellschaft bezüglich des ökonomischen Erfolgs Irlands der letzten Jahre in Frage. Wir betonten den Beitrag der MigrantInnen zu diesem Wirtschaftswachstum und auch das Ausmaß, in dem diese unsichtbar bleiben und nach wie vor in Armut leben. Es war uns wichtig, unsere Stimmen zu erheben und uns selbst vertreten zu können und als Gleichberechtigte gehört zu werden.

Die Workshops gaben uns Gelegenheit zur Vernetzung, zum Erfahrungaustausch und zur Entwicklung von Strategien, die uns vorwärts bringen. Die Workshopleitung war exzellent, wir konnten uns einbringen und von anderen TeilnehmerInnen lernen. Die Bedeutung der Vernetzung kann nicht überschätzt werden und es herrschte eine wahrlich zündende Atmosphäre. Im Laufe der beiden Tage gelang es mir, viele Delegierte kennen zu lernen, mit denen ich auch in der Folge in Kontakt geblieben bin. Die Präsentationen und Beiträge aus anderen Ländern waren sehr aufschlussreich und machten ein hohes Maß an Kreativität sichtbar.
Das Treffen war sehr gut moderiert und die Vorsitzenden waren ständig darum bemüht, sicherzustellen, dass alle Delegierten zufrieden waren. Bei einer Gelegenheit wiesen die irischen Delegierten auf eine Kürzung in ihrem Input hin und dies wurde verbessert. Diese Dinge waren uns als Gruppe von MigrantInnen wichtig und zeigten, dass wir ernst genommen wurden.
Es war eine positive Erfahrung. Der einzig negative Aspekt war die Beschaffung von Visa: Eine von uns hatte große Schwierigkeiten dabei, was uns mit Deutlichkeit daran erinnerte, warum wir zum Treffen gekommen waren.

Workshops

Die insgesamt sieben Workshops versammelten:

- **Delegierte** aus 25 EU-Mitgliedsländern und aus Norwegen, 90% davon mit persönlichen Armutserfahrungen
- **«Gäste»** aus verschiedenen europäischen und nationalen Institutionen, die im Bereich Armut und soziale Ausgrenzung tätig sind, sowie aus europäischen Organisationen und dem Wissenschaftsbetrieb
- So genannte **«Ressource Persons»** aus den Reihen der Kommission, anderer europäischer Institutionen, aus europäischen NGOs, regionalen Regierungen und Organisationen, die soziale Dienstleistungen anbieten.

Damit wurde ein neues Workshop-Design eingeführt, das dazu beitragen sollte, einen effektiven Austausch zu stimulieren.

Die **Grundlagenarbeit** für jeden Workshop wurde in den Mitgliedsländern geleistet und Auszüge aus diesen Vorarbeiten, die auch in der jeweiligen Einleitung der Workshopberichte zu finden sind, wurden von den Delegationen präsentiert und sollten für schnelle Einstiege und lebhafte Diskussionen sorgen.
Gegen Ende jedes Workshops wurden die Beiträge und Diskussionen zusammengefasst und **eine Reihe von Vorschlägen und Forderungen** erarbeitet. Die Ergebnisse wurden schließlich in die Plenumsdebatte eingebracht und dort zur Diskussion gestellt.

Auszüge aus der Vorbereitungsarbeit

Spanien, Portugal, Polen, Norwegen, Italien, Dänemark, Slowenien, Zypern, Frankreich, Vereinigtes Königreich

Was funktioniert

- Es wurden Investitionen in Ausbildungsprogramme getätigt, was von benachteiligten Gruppen als zentrale Voraussetzung gesehen wird, um einen guten Arbeitsplatz zu bekommen, der angemessene Bezahlung mit der Wahrung menschlicher Würde verbindet.
- Einige Programme der aktiven Arbeitsmarktpolitik, speziell jene von offiziellen Arbeitsagenturen, führten zur Arbeitsmarktintegration von benachteiligten Gruppen und förderten auch deren Selbstbewußtsein.
- Einige Personen, die sich seit Jahren mit SozialarbeiterInnen treffen, haben eine Veränderung dieser Beziehungen beobachtet. «Wenn du dich unter anderen Umständen triffst, als dem einer Unterstützungsanfrage, sondern gemeinsam gegen Armut auftrittst, ändert sich die Beziehung. Wir werden nicht länger als Probleme gesehen, sonden als menschliche Wesen, die über ihre Prolbeme reden.» Einige SozialarbeiterInnen bestätigen dies.
- Nach Meinung einiger Leute hat die Entwicklung von NGO-Initiativen und Projekten die Möglichkeiten aus der Armut zu kommen, erhöht. Jene, die diese Möglichkeiten nutzen, verstehen nicht immer, warum andere dies nicht tun. Die Unterstützung von NGOs wird positiver beurteilt als jene der offiziellen Agenturen.
- In der Gesetzesänderung (328/2000) zur Integration sozialer Dienstleistungen findet sich die praktische Anwendung des Prinzips der Partizipation, sowohl im Entwurf, als auch hinsichtlich der Umsetzung und des Follow-ups nach der Evaluation der Sozialdienstleistungen.
- Soziale Dienstleister haben bereits begonnen bzw. sind dabei KlientInnenrechtskatalog zu erstellen.
- Viele SozialarbeiterInnen und andere MitarbeiterInnen sind sehr engagiert und glauben an ihre Arbeit.
- AlleinerzieherInnen-Haushalte erhalten zusätzliche Unterstützung. Familien mit niedrigem Einkommen und jenen mit Kindern stehen kostenlose Kinderbetreuung und –tagesstätten zur Verfügung.
- All die von engagierten Einzelpersonen durchgeführten Unterstützungsaktionen laufen sehr gut. Wenn MitarbeiterInnen nicht weiter wissen, können sie sich an Partner bzw. das Netzwerk wenden.
- Viele lokale Initiativen funktionieren sehr gut, sind aber unterfinanziert.

Was nicht funktioniert

- Es gibt einen großen Mangel an Sozialdienstleitungen, einerseits im Hinblick darauf, was in einem Land gebraucht wird, andererseits im Hinblick auf die vorhandene Qualität.
- Der Zugang zu qualitätvollen Gesundheits-Dienstleistungen und die Wartezeiten in öffentlichen Krankenhäuser sind ein Problem, das besonders ältere von Armut betroffenen Menschen und jene, die ständig Pflege brauchen, betrifft.
- Der Zugang zu qualitätvollen Ausbildungsmaßnahmen die zu einem anständig bezahlten Arbeitsplatz führen, ist nicht garantiert: das ist eines der größten Probleme für junge Leute, arbeitslose ArbeiterInnen und jene über 40. Es ist noch stets sehr schwierig einen anständigen Job zu finden und das wird durch die Tatsache erschwert, dass große Betriebe die Produktion ins Ausland auslagern, sowie durch den Kollaps traditioneller Wirtschaftszweige.
- Die große Zahl der KlientInnen sind unzufrieden mit der Qualität des Kontakts zu SozialarbeiterInnen, die wenig Verständnis für ihre Situation und kaum Flexibilität zeigen: «Sie halten sich strikt an die Reglen.» Menschen sind weniger wichtig als die Buchstaben des Gesetzes.
- Es gibt Probleme mit Projektfinanzierungen: «Wir wissen dass es Finanzierung für Armutsbekämpfungsprojekte gibt, aber wir können nicht erkennen, wie diese evaluiert wird. Offfensichtlich gibt es keine Kontinuität. Einige Projekte werden eingestellt, andere beginnen. Manchmal kommt das Geld sehr spät und muss sehr schnell ausgegeben werden. Wer denkt sich das alles aus? Wer verfolgt das längerfristig, um Kontiniutät zu gewährleisten? Manchmal sieht es so aus, als würden Projekte nur durchgeführt, damit die Betreiber ihre Aktivitäten finanzieren können. Die Projekte leisten keinen Beitrag und das Geld ist verloren.»
- Gesetze und Regeln kommen nicht überall gleichermaßen zur Anwendung.
- Beispiele guter Praxis sind fast immer projektbasiert und sind zu Ende, wenn das Projekt abgeschlossen wird.
- Projektfinanzierung hängt vom guten Willen der PolitikerInnen und dem zur gegebenen Zeit verfügbaren Geld ab.
- Die Fragementierung von Sozialdienstleistugnen macht es sehr schwer ganzheitliche Aktivitäten zu setzen.
- Zu viel Papierkram ist schlecht fürs Casemanagement, zu viel Zeit wird in Sitzungen verbracht. SozialarbeiterInnen fehlt die Zeit, sich ordentlich mit den Leuten zu beschäftigen.
- KlientInnen haben Schwierigkeiten ihre Akte zu sehen. SozialarbeiterInnen wollen nichts lernen.
- Von der Administration wird keine Verantwortung (z.B. für verlorengegangen Papiere) übernommen und es gibt keine Entschädigung für adminsitratvie Fehler, die schwerwiegende Koknsequenzen haben können.

Kommentare aus dem Workshop

- Sozialdienstleistungen werden als Dienstleistungen für Armutsbetroffene gesehen und stimgatisieren diese.
- Menschen schämen sich Sozialdienstleistungen in Anspruch zu nehmen.
- In unserem Land wird auf Ausbildungsmaßnahmen gesetzt und nicht auf die Performance von Sozialdienstleistungen geachtet.
- Viele Menschen haben ein Recht auf Sozialdienstleistungen und wissen es nicht. Es gehört zu den BürgerInnenrechten zu wissen, wohin man sich wenden kann.
- Gefährdete Personen werden nicht as betrachtet.
- Sozialdienstleistungen werden privatisiert, das bedeutet, sie orientieren sich am Geld.
- SozialarbeiterInnen respektieren die Würde der Personen nicht.
- In meinem Land gibt es keine Sozialdienstleistungen, die mir helfen. Ich muss mich ständig an meine FreundInnen und meine Familie wenden.
- Frauen werden im Zusammenhang mit Sozialdienstleistungen stärker diskriminiert.
- In meinem Land haben migrantische ArbeiterInnen keinen Zugang zu Sozialdienstleistungen. Sie arbeiten inoffiziell, leben in Substandardwohungen und ihre Kinder gehen nicht zur Schule.
- Soziale Dienstleistungsanbieter haben wenig Verständis. Wenn ich dorthingehen, kann ich sehen, wie sie denken: «Was macht der hier. Er braucht uns nicht.» Sie glauben das, weil ich nicht abhängig bin.
- Armut ist kein individuelles Problem. Armutsbetroffene sind nicht selbst an ihren Problemen schuld. Die Frage, die gestellt werden muss, ist nicht, warum eine bestimmte Personen arm ist, sonder wie die Armut reduziert werden kann.
- 18–25jährige haben keinen Anspruch auf ein Mindesteinkommen. Aber es gibt kein Alter, in dem Armut gut ist.

Zusammenfassung

Nach Meinung der WorkshopteilnehmerInnen sind Sozialdienstleitungen grundlegende universale Dienstleistungen, die für jede und jeden zugänglich sein müssen. Sie müssen die ganze Person in den Blick nehmen, auch wenn diese Person verschiedene Probleme hat. Das bedeutet, das Dienstleistungsanbieter zusammengeschlossen bzw. sich vernetzen müssen. Dabei muss die individuelle Person respektiert werden.

Breiten Konsens gab es bezüglich der Schwierigkeiten im Zugang zu Sozialdienstleistungen und der mangelnden Information über bestehende Rechte.
Sozialdienstleistungen müssen in der Verantwortung des Staates bleiben und es muss gesetzliche Ansprüche geben. Sie müssen ausreichend und in hoher Qualität zur Verfügung stehen. Die Privatisierung von Sozialdienstleistungen bedeutet, diese Wirtschafts- und folglich Profitkriterien zu unterwerfen, die dem Konzept von Dienstleistungen schaden.

In einigen Mitgliedsländern setzen soziale Dienstleister auf Empowerment, was den KlientInnen zu nutzen scheint. Als gute Praxis hat sich auch die Einbindung von NGOs und öffentlicher Stellen in Dienstleistungsangebote bewährt. Dabei ist es wichtig, auch Menschen mt Armtuserfahrungen in Entscheidungsprozesse einzubinden.
Bürokratie ist das große Problem im Hinblick auf den Vollzug von Sozialdienstleistungen. AntragstellerInnen müssen unzählige Formulare ausfüllen, um irgendeine Leistung in Anspruch nehmen zu können. Viele fühlen sich gezwungen, eine Rolle zu spielen bzw. eine Fassade aufrechtzuerhalten, um Zugang zu bekommen. Außerdem ist es schwer, die Meinungen anderer, der Familie und von FreundInnen auszuhalten, wenn man von Sozialleistungen lebt.
Der Zugang zu Unterstützung durch einige Sozialleistungen ist nur durch Abschluss eines Vertrags möglich, wodurch oft Druck auf KlientInnen ausgeübt und ihnen erneut die Verantwortung übertragen wird.

Einige Länder haben die Verantwortung für Sozialleistungen dezentralisiert. Wohlfahrtspolitik wird von lokalen Regierungen entwickelt, dabei kommt es zu unterschiedlichen Regelungen. Die Verwaltung von Sozialleistungen wird mehr und mehr an Freiwilligengruppen übertragen.

Aus dem Recht auf Inanspruchnahme wird mehr und mehr ein reines Beistandsangebot. Rechte, die ursprünglich selbstverständlich garantiert wurden, werden zu Rechten, die man sich verdienen muss. Der Zugang zu Sozialleistungen wird immer stärker an Bedingungen, Verträge und Sanktionen geknüpft.

Vorschläge

- SozialarbeiterInnen sollten direkt in der Praxis ausgebildet werden, um die Situation von Menschen, die Unterstützung beantragen, zu verstehen.
- Menschen mit Armutserfahrungen sollten in die Ausbildung von zukünftigen SozialareiterInnen eingebunden werden, damit sie deren Bild von Armut verändern können. Die Ausbildungen müssen einen realistischen und positiven Schwerpunkt auf Partizipation setzen.
- Fallakte müssen zentralisiert verwaltet werden, damit Menschen nicht von Pontius zu Pilatus geschickt werden.
- AntragstellerInnen müssen vollständig über den Verfahrensablauf, der dem Antrag folgt, informiert werden
- Eine einzige Kontaktstelle sollte verschiedene Leistungen koordinieren.
- Ein Mediationsangebot soll enwickelt werden, um Konflikte zwischen KlientInnen und SozialarbeiterInnen zu lösen.
- Die Wirkung der Leistugnen könnte durch die gemeinsame Unterstützung von SozialarbeiterInnen und administrativen MitarbeiterInnen verbessert werden.
- SozialarbeiterInnen müssen Zuang zu jenen Informationen erhalten, die sie für ihre Hilfe brauchen.

Empfehlungen

- Das Recht auf Zugang zu Sozialdienstleistungen guter Qualität muss garantiert werden.
- Sozialdienstleistungen müssen leistbar, qualitative hochwertig und kontinuierlich angeboten werden und den tatsächlichen und enstehenden Bedürfnissen von Menschen mit Armuts- udn Ausgrenzungserfahrungen in jeder – und auch in sich verändernden – Lebenslagen entsprechen.
- Jede und jeder hat das Recht auf Gleichbehandlung, auf würdige Weise behandelt zu werden und auf einen nichtdiskriminierenden Zugang zu Sozialdienstleistungen.
- Der Zugang zu leistbarer, qualitätvoller Gesundheitsversogung und Unterkunft muss dringend verbessert werden.
- Ein Europäisches Observatorium für Gesundheit und Armut soll geschaffen werden.
- Die derzeitige Vorgangsweise, individuelle Verträge zwischen KlientInnen und sozialen Dienstleistunganbieter zu erstellen, ist für Menschen mit Armutserfahrugnen besorgniserregend. Es muss dafür gesorgt werden, dass diese Verträge nicht diskriminierend wirken.
- Die EU muss Qualitätsstandards etablieren, um sicherzustellen, dass die Mitgliedsstaaten leistbaren Zugang zu qualitätvollen Sozialdienstleistungen garantieren.
- Nationale Regierungen müssen dafür garatieren, dass Sozialdienstleistungsangebote effektiv und gemäß den EU-Standards wirken.
- Sozialdienstleistungsangebote müssen auf lokale Ebene koordiniert, implementiert und evaluiert werden.
- Wenn Meschenrechte respektiert werden sollen, müssen Menschen mit Armutserfahrugnen durch Partizipationsmechanismen auf allen Ebenen strukturell eingebunden werden. Partizipative Methoden der Entwicklung politischer Maßnahmen und deren Implementierung müssen aktiv gefördert und von der EU und durch nationale Finanzierungsmechanismen unterstützt werden.

Dienstleistungen von allgemeinem Interesse

Auszüge aus der Vorbereitungsarbeit

Zypern, Finnland, Vereinigtes Königreich, Bulgarien, Belgien

Was funktioniert

- Die Gasfirma hat einen Fonds eingerichtet um KundInnen mit niedrigem Einkommen zu unterstützen, dies ist aber kaum bekannt.
- Ein Energieeanbieter bietet ein Paket an, dass eine Mindestversorgung für KundInnen mit niedrigem Einkommen garantiert.
- Das Ministerium für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten unterstützt Menschen mit niedrigem Einkommen bei der Bewältigung ihrer Heizkosten.
- Ein Sozialtarif wurde eingeführt.
- Es gibt ein Mess- und Bezahlsystem mit Prepaid-Karte.
- Eine Mindestversorgungsgarantie sichert die kostenlose Lieferung von 100kWh.
- Abschaltungen im Winter sind nicht erlaubt.

Was nicht funktioniert

- Strom ist teuer und «frisst» einen Großteil des Einkommens auf.
- Wasser ist nicht teuer, aber es gibt einen Mangel und deshalb beginnen Menschen importiertes Wasser zu kaufen, was das Gleichgewicht stört.
- Dienstleistungen von allgemeinem Interesse wurden reformiert. Die Resultate sind desaströs und führen dazu, dass Menschen ihren Verbrauch reduzieren müssen oder überhaupt vom System ausgeschlossen werden.
- Es gibt kein System der Beobachtung und der Rechenschaftspflicht für Anbieter.
- Dienstleistungen von allgemeinem Interesse produzieren Armut.
- KundInnen haben nur wenige Informationen, um Anbieter vergleichen und wählen zu können.
- Einige Firmen verlangen eine Kaution, die sich etliche Menschen nicht leisten können.
- Manche MieteInnen haben keine individuellen Zählgeräte.
- Rechnungen sind schwer verständlich.
- Um einen Sozialtarif muss man ansuchen, man bekommt ihn nicht automatisch. Damit ist viel Bürokratie verbunden.
- Manche Menschen mit niedrigem Einkommen kommen nicht für einen geschützten KundInnenstatus in Frage.
- Um ein Prepaid-Zählgerat zu bekommen, muss man ansuchen, diese können nicht nicht präventiv installiert werden.
- Zahlungsschwierigkeiten können zu unbewältigbaren Schulden führen.
- Irreguläre MigarntInnen können keinen Gas-/Stromanschluss bekommen.

Kommentare aus dem Workshop

- Die Regierung verkündet Pläne bezüglich Dienstleitungen von allgemeinem Interesse, aber die schlechte Praxis hat besorgniserregende Konsequenzen.
- Die Energieversorgung ist zunehmend in privater Hand.
- Die Qualität der Leistungen nimmt ab.
- Wer nicht zahlen kann, hat auch keinen Zugang zu Leistunfen.
- Es gibt genug Wasser in meinem Land, warum ist es so teuer?
- Wie kann man den eigenen Verbrauch verfolgen, wenn das Zählgerät in einer Höhe von 12m installiert ist?
- Roma, die in Camps leben haben keinen Zugang zu Wasser. Sie müssen in mittelalterlichen Zuständen leben. Kinder lernen abends bei Kerzenlicht.
- Anwälte scheuen sich Einzelpersonen gegen große Unternehmen zu vertreten.
- Man müßte 800 Euro Kaution bezahlen. Armtusbetroffene können nicht 800 Euro bezahlen.
- Die Einkommenslücke bei Mindestsozialleistungen ist zu groß.
- VertreterInnen von Stromanbietern werben oft in Arbeitervierteln um neue KundInnen und erzählen dabei viel Unsinn. Man unterschreibt den Vertrag, es ist nicht billiger, und durch den neuen Vertrag wird der alte nicht storniert, sodass man am Ende de Monats zwei Rechnungen bezahlen muss.
- Menschen in großen Schwierigkeiten können ein Prepaid-Zählgerät bekomme. Man bezahlt für den Verbrauch mit einer Prepaid-Karte.

Zusammenfassung

Die WorkshopteilnehmerInnen kamen zur Schlussfolgerung, dass die Privatisierung des Energiemarktes nicht zu niedrigeren sondern zu höheren Kosten geführt hat. Menschen mit Armutserfahrungen müssen sich entscheiden zwischen Ausgaben für Nahrung, Körperpflege oder Energie.

Die Verkaufspraktiken sind oft aggressiv und manche Menschen sehen sich am Monatsende mit zwei Rechnungen konfrontiert, weil der neue Anbieter den alten nicht über den neuen Vertrag informiert hat. Es liegt am Haushaltsvorstand, den alten Vertrag zu kündigen, aber die meisten Leute sind sich dessen nicht bewußt.

Der Gas- und Strommarkt muss reguliert werde. Privatisierung ist nicht der einzige Grund für die steigenden Kosten. Staaten tragen Verantwortung für ihr Versäumnis, den Markt zu regulieren und nicht einmal politische Maßnahmen zum Schutz der Schwächsten zu setzen. Der Wettbewerb zwischen den Anbietern besteht in einigen Ländern nur zum Schein und KonsumetInnen sind nicht geschützt. Die Preise gehen in die Höhe, die Qualität der Leistungen nimmt ab.

Der Zugang zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse ist ein Grundrecht.

Das derzeitige Problem der Wasser- und Stromversorgung betrifft alle, Menschen mit Armutserfahrungen jedoch leiden am meisten unter der Liberalisierung. Sie leben oft in schlecht isolierten und energieineffizienten Häusern und Wohnungen, was ihren Konsum erhöht. Sozialer Wohnbau sollte besser isoliert werden. Darüberhinaus reichen Mindesteinkommen und Sozialhilfen nicht zum Leben aus, sondern sichern lediglich das Überleben.
Sozialtarife sind weniger stigmatisierend als Prepaid-Zählgeräte.

Vorschläge

- Die Verwantwortlichen für diese unvertretbaren Privatisierungen müssen identifiziert werden.
- Eine Kommission mit VertreterInnen von beiden Seiten: KundInnen und Eigentümern muss eingerichtet werden.
- KundInnen müssen besser informiert werden.
- Es muss eine unabhängige Stelle zur Überwachung der Anbieter geben.
- Das Gesetz muss geändert werden.
- Diskussionen über Mindestversorgungsangebote müssen geführt werden.
- Das Recht auf Energieversorgung ist ein soziales Grundrecht.
- Eine laufende, umfassende Evaluation der Liberalisierung des Energiemarktes ist notwendig.
- Der Entwurf einer Europäischen Charta zum Schutz von Energieverbrauchern muss finalisiert werden und eine entsprechende Direktive muss folgen.
- Die Umsetzung öffentlicher Verpflichtungen muss zwingend sein.
- Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, die dafür sorgen, dass nicht mehr als 50% des Haushaltseinkommens für Energiekosten bezahlt wird.
- Folgende Bereiche müssen beachtet werden:
  - Preisbeobachtung und –kontrolle müssen gesichert sein.
  - Ein Umsatzsteuersystem, das Energieversorgung begünstigt, soll in den Mitgliedsstaaten eingeführt werden.
  - Administrative Vorgänge müssen vereinfacht werden.
  - Regulierte Maximalpreise für Niedrigeinkommensgruppen.
  - Maßnahmen zur Reduzierung des Energieverbrauchs.
- Regulierungen hinsichtlich der Verbrauchspraxis.
- Einführung eines Mediationsdienstes.

Empfehlungen

- Leistbarer Zugang zu Energie und anderen grundlegenden Dienstleistungen müssen als Grundrecht garantiert werden.
- Die Mitgliedsländer müssen den garantierten Zugang aller zu unerlässlichen Leistungen durch Maßnahmen wie Preisregulierungen, ein garantiertes Mindestversorgungspaket und die Prävention von Abschaltungen erreichen.
- Die vorgeschlagene Europäische Charta für die Rechte von Energieverbrauchern muss soziale Standards beinhalten und Rechtsverbindlichkeit bekommen. Die Charta muss zu einem Instrument des Verbraucherschutzes werden.
- Energiearmut muss als zentrales Problem erkannt werden, die EU muss gemeinsame und rasche Maßnahmen setzen, vor allem im Hinblick auf die steigenden Energiepreise. Dies muss auch Maßnahmen gerechter Preisgestaltung und für Energieffizienz umfassen und mit einem adäquaten Mindesteinkommen kombiniert werden.
- Verständliche und zugängliche Information müssen persönlich vermittelt werden. Die Informationsweitergabe darf nicht nur elektronisch erfolgen, da dabei NiedrigeinkommensbezieherInnen diskriminiert werden. Gleichzeitig müssen unabhängige Beratung und effektive Beschwerdeprozesse garantiert werden.
- Die Effekte der Liberalisierung der Märkte und der Einfluss der Dienstleistungerichtlinie müssen dringend evaluiert werden, um deren Auswirkungen auf Menschen mit Armuts- und Ausgrenzungserfahrungen zu bewerten.
- Wenn tatsächlich beurteilt werden soll, wie NGOs und wie die derzeitigen Mechanismen des Binnenmarktes soziale Eingliederung unterstützen, müssen Menschen mit Armutserfahrungen in die Entwicklung, Umsetzung und Evaluierung politischer Maßnahmen im Bereich von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse einbezogen werden.

Auszüge aus der Vorbereitungsarbeit

Spanien, Polen, Norwegen, Malta, Italien, Dänemark, Slowenien, Zypern, Tschechische Republik, Litauen, Irland, Vereinigtes Königreich, Belgien

Was funktioniert

- In einigen Provinzen gibt es Wohnzuschusssysteme.
- Die Behörden sind sich der Wohnungsprobleme bewusst und sichtlich bemüht entsprechende politische Maßnahmen zu treffen. Es ist jedoch noch zu früh, deren Wirksamkeit zu evaluieren.
- Einige Gemeinden und Regionen entwickeln neue lokale oder regionale Wohnpolitiken in Veerbindung mit Maßnahmen zur sozialen Eingliederung von benachteiligten Gruppen.
- Menschen mit Armutserfahrungen haben Zugang zu bedarfsorientierten Wohnzuschüssen.
- Es gibt einen staatlich finanzierten Wohnungs-Entwicklungs-Fond, der Niedrigzinsdarlehen vermittelt und auch benutzt werden kann, um Renovierungsarbeiten zu finanzieren.
- Mietpreise unterliegen bis 2010 staatlicher Kontrolle.
- Menschen mit niedrigem Einkommen und großen Familien haben ein Vorrecht auf Sozialwohnungen.
- Bauspardarlehen stehen zur Verfügung.
- Organisationen des dritten Sektors leisten Unterstützung in Wohnfragen.
- Staatliche Behörden haben das Recht leerstehende Immobilien zu erwerben.
- Es gibt Wohnzuschüsse und Unterstützungsmodelle, insbesonders durch die Übernahme von Kautionen durch öffentliche Sozialzentren.

Was nicht funktioniert

- Es gibt zu wenige Wohnungen für Ein-Personen-Haushalte und die billigsten Angebote werden nie inseriert.
- Die Wartelisten für Sozialwohnungen sind meist sehr lang.
- Sogar die günstigsten Wohnungen oder Häuser sind nur für Familien mit mittlerem Einkommen erschwinglich.
- Der Wohnungsmarkt in den neuen Mitgliedsländern befindet sich noch immer im Wandel, woraus sich eine Vielzahl an unklaren Situationen und nicht-deklarierten Untermieten ergibt, was die Lage für die am stärksten armutsgefährdeten Personen nicht einfacher macht. Diese leiden wahrscheinlich am stärksten unter den langsamen Entwicklungen, insofern als es kein Land gibt, wo der Wohnungsmarkt transparent ist und es Unterstützung für Armutsbetroffene gibt.
- BewohnerInnen von Wohnungslosenheimen müssen oft einen Betrag bezahlen, der dem gesamten Mindesteinkommen entspricht.
- Sozialwohnungen sind oft zu klein und schlecht konzipiert.
- In einigen Städten gibt es viele leere Immobilien. Was kann getan werden, um diese zu besetzen?
- Sozialwohnungen werden nach einem Punktesystem vergeben. Um auf die Warteliste zu gelangen, braucht man mindestens 19 Punkte.
- Es macht keinen Sinn, Wohnungen einer Wohnanlage ausschließlich an Langzeitarbeitslose und gesellschaftlich ausgegrenzte Personen zu vergeben. Diese Menschen haben dann wenige Möglichkeiten, Familien mit einem anderen Lebesstil kennenzulernen.
- 1200 Delogierungen haben in diesem Jahr stattgefunden, nach sehr kurzfristiger Benachrichtigung und unter rechtlich bedenklichen Umständen.
- Gute lokale und regionale Wohnpolitik findet sich vor allem in wohlhabenden Gegenden. Es fehlt an einer nationalen Wohnpolitik.
- Es gibt so gut wie keinen sozialen Wohnbau.
- Wohnkosten sind im Vergleich zum Einkommen sehr hoch.
- Gemeinden verkaufen ihre sozialen Wohnbauten, was besorgniserregend ist.
- Ein Wohnungs-"Schwarzmarkt" ist gewachsen.
- Angehörige der Travellers haben Probleme im Zugang zu sozialen Wohnraum.
- Nur wenige Wohnungen sind behindertenfreundlich und diese sind oft sehr weit von den Geschäften entfernt.
- MigrantInnen haben eingeschränkten bis keine Zugang zu sozialem Wohnraum.
- Viele Familien, die in privat vermiteten Wohnugnen leben, hätten Anspruch auf Sozialwohnungen.
- Existierende Regelungen werden zurechtgebogen und einige Wohnbaugenossenschaten versuchen Profit zu machen.
- Die Wohnrichtlinien verlangen eine zweijährige Probezeit bevor es zu einem dauerhaften Mietverhältnis kommt. Die endgültigen Kriteren sind weder klar noch objektiv.
- Das Gesetz das den verpflichtenden Ankauf leerstehender Wohnungen vorsieht, wird nicht umgesetzt.

Kommentare aus dem Workshop

- Bestimmte Gruppen, darunter Menschen mit Behinderungen, haben keinen Zugang zu Wohnraum.
- Es gibt nicht genug Häuser und die Mietkosten treiben Menschen in die Wohnungslosigkeit.
- Wohnkosten sollten nie mehr als 30% des Einkommens betragen.
- Menschen mit Armutserfahrungen können oft die erforderliche Kaution nicht aufbringen.
- Die Regierung sorgt nicht für die Rechte von Roma, Travellers und MigrantInnen; diese werden auf Wartelisten gesetzt. Das Recht auf Wohnen existiert in der Praxis nicht.
- Familien mit niedrigem Einkommen können sich Mieten nicht leisten. Das Recht auf Wohnen wird zum leeren Konzept.
- Wohnen ist kein Recht, es wird zum Handelsgut, zu einem Produkt.

Mariàn HOSEK
Marja HERMANS

eu2008.si

- Die direkten Zusammenhänge von Wohnproblemen und Wohnungslosigkeit werden in Regierungsberichten nicht deutlich.
- Wie können Wohnungslose, die auf der Straße leben, Unterstützung von Sozialeinrichtungen erhalten?
- Substandard Wohnungen sind billiger, jedoch in einem grauenhaften Zustand.
- Man muss zwei Jahre im Land wohnen, um Zugang zu sozialem Wohnraum zu erhalten. Dies hat entsetzliche Auswirkungen besonders auf MigrantInnen.
- Roma können aus Rom vertrieben werden, weil sie nicht genug Geld besitzen, und eine Delogierung folgt auf die andere. Wasser und Stromversorgung werden abgestellt, wir leben in Camps, deren Kosten zwar übernommen werden, aber wo wir wie Tiere leben. Auch heute wurden in Rom Menschen aus ihren Wohnungen oder Häusern vertrieben, Roma haben keine Rechte. Wir möchten uns in die Gesellschaft integrieren, aber es wird uns nicht erlaubt.
- Viele Freiwilligenorganisationen und Gruppen verfügen über eine Vielzahl an Erfahrungen, haben aber keine Möglichkeiten diese mit anderen zu teilen. Wir müssen uns darum bemühen, PolitikerInnen dazu zu bringen, die Bedeutung dieser Organisationen zu erkennen und diese zu unterstützen.
- Um Wohnungslosigkeit hinter dir zu lassen und eine Wohnung zu bekommen, musst du zuerst Drogen und Alkohol aufgeben, wofür du die Unterstützung von Sozialeinrichtungen brauchst, und du musst Verantwortung für dich selbst übernehmen. Aber auch nach der Aufgabe von Alkohol und selbst, wenn du eine eigene Wohnung hast, hast du noch immer das Problem, keinen Job zu haben, was zurück in die Drogenabhängigkeit führen kann.
- Es ist gefährlich, darauf hinzuweisen, dass Wohnungslosigkeit mit Alkohol- oder Drogenabhängigkeit zusammenhängt; das kann zu einem einzigen Bild von Betroffenen und zu Stereotypen führen.
- Wohnungslosigkeit ist sogar in sehr entwickelten Ländern ein Problem. Auf europäischer Ebene ist es ein langfristiges Problem, wofür Mindeststandards notwendig sind. Solange es diese Standards nicht gibt, wird es keinerlei Einfluss oder Sanktionen von europäischer Seite geben.
- Wohnungswesen war einmal eine staatliche Aufgabe, die dem Privatsektor überlassen wurde. Sozialer Wohnraum macht nur 3% aller Wohnungen oder Häuser aus.
- Es entsteht der Eindruck, dass der Staat seine Verantwortung nicht übernimmt.
- Die Europäischen Stukturfondsmittel reichen nicht aus und dienen nur der Beseitigung unewünschter Effekte, nicht jedoch der Errichtung von neuem Wohnraum.

Zusammenfassung

Die Delegierten erkannten, dass die Situation sich von Land zu Land unterscheidet, es jedoch auch viele Übereinstimmungen gibt. Wohnen ist ein großes Problem für jede und jeden, insbesonderes jedoch für Menschen mit Behinderungen, ethnische Minderheiten, MigrantInnen, einschließlich AsylwerberInnen, Alleinerziehende, Travellers, Roma und MindesteinkommensbezieherInnen. Es gibt positive politische Ansätze, aber diese werden vor allem dort, wo Mittel nicht zweckdienlich genutzt werden, nicht in die Praxis umgesetzt.
Verfügbarkeit und Leistbarkeit von Mietwohnungen sind ein weiteres großes Problem in den meisten Ländern, was oft zu Wohnungslosigkeit führt. Einigen Regierungen ist dieses Problem zwar bewusst, sie versuchen jedoch eher es zu vertuschen als zu lösen.

Mangelndes Gleichgewicht im Verhältnis BesitzerIn-MieterIn ist ebenfalls ein wichtiges Thema.

Das Ausmaß und die praktische Umsetzung von Wohnrechten variiert von Land zu Land sehr und reicht von Bemühungen in der Entwicklung guter Praxis bis hin zu sehr schlechten Substandardwohnungen, deren MieterInnen wenig Hoffnung haben, etwas Besseres zu finden oder Delogierung befürchten müssen, wenn sie sogar die niedrigen Mieten nicht bezahlen können.

In einigen Fällen scheint es sogar an den grundlegendsten Rechten zu mangeln bzw. werden, wie im Falle der Roma in Italien, Menschenrechte mit Füßen getreten. Roma leben oft in erbärmlichen Verhätnissen, ohne die notwendigste Infrastruktur (Strom, Wasser). Darüberhinaus werden sie bei der Vergabe von Sozialwohnungen diskriminiert und häufig delogiert.

In einigen der neuen Mitgliedsstaaten hat der Wechsel vom alten politischen Regime zu einer neuen Art der Politik negative Auswirkungen auf den sozialen Wohnbau, der eingestellt bzw. dem privaten – profitorientierten – Sektor überlassen wird.

Wohnpolitik muss ganzheitlich betrachtet werden. Die Ursachen für Wohnungslosigkeit sind komplex und multidimensional: Wohnpolitik, Arbeitslosigkeit, Lebensumstände, die im Zusammenhang mit Ausgrenzug, z.B. durch Drogenabhängigkeit, zu sehen sind.

Wohnen ist ein Grundrecht, das von der Europäischen Union garantiert werden muss.

Wenn der Zugang zu Wohnraum für alle garantiert werden soll, muss es mehr sozialen Wohnbau geben. Mietpreise müssen staatlich kontrolliert werden. Ein Mieter bzw. eine Mieterin kann nicht mehr als 30% ihres Einkommens für Wohnkosten ausgeben. Die einzelnen Regierungen müssen auch notwendige Kautionen für Menschen mit Armutserfahrungen übernehmen.
Organisationen des dritten Sektors, die Unterstützung bei Wohnproblemen leisten, müssen mit mehr Ressoucen ausgestattet werden. Ihre Arbeit trägt dazu bei, jene die am stärksten von Armut betroffen sind, in die Gesellschaft zu integrieren. Dabei arbeiten sie oft in Kooperation mit Privateigentümern und lokalen Behörden.

Vorschläge

- Die Europäische Union muss das Recht auf Wohnen als Grundrecht anerkennen.
- Ein den sozialen Erfordernissen entsprechendes ausreichendes Wohnraumangebot muss garantiert werden.
- Wohnkosten dürfen nicht mehr als 30% des Einkommens ausmachen.
- Preis und Qualität von Wohnraum müssen aufs engste verbunden sein.
- Die Europäische Union muss die Rechte von Hauseigentümern und MieterInnen gleichstellen. Dazu braucht es klare Verträge, die Rechte und Kosten genau auflisten, und deren Einhaltung mittels Kontrollen und Strafen überwacht wird.
- Regierungen müssen Menschen bei der Aufbringung einer Kaution unterstützen und deren stufenweise Rückzahlung ermöglichen.
- Steuern und Abgaben müssen auf Basis realer Mietkosten kalkuliert werden.
- Wohnungslosen Personen und BewohnerInnen von Sozialwohnungen brauchen Unterstützungsmöglichkeiten. Die entsprechenden Dienstleistungen müssen auf die Bedürfnisse der unterschiedlichen Gruppen abgestellt und für diejenigen, die sie nutzen transparent und verständlich sein.
- Die auf Papier existierenden politischen Maßnahmen müssen in die Praxis umgesetzt, finanziert und beobachtet werden. Wo politische Maßnahmen nicht umgesetzt werden, müssen gegebenenfalls Strafen angewendet werden.
- Diejenigen, die von lokalen Wohnpolitiken betroffen sind, müssen in die entsprechenden Entscheidungsprozesse einbezogen werden.
- Die Europäische Union muss Standards entwickeln, diesen entsprechende Aufmerksamkeit schenken und sie bekannt machen.
- Alle Länder müssen einen im Bezug auf vorhandene Mietwohnungen definierten Prozentanteil an Sozialwohnungen sicherstellen.
- Die Europäische Union muss eine Richtlinie zur Vermeidung von Diskriminierung im Zugang zu Dienstleistungen, inklusive Wohnen, verabschieden.
- Basisorganisationen müssen mit finanziellen Ressourcen ausgestattet werden.

Empfehlungen

- Die Einbeziehung von NGOs und Menschen mit Wohnproblemen ist entscheidend, wenn es darum geht auf die tatsächlichen Bedürfnisse wohnungsloser Menschen und von Personen mit Wohnproblemen einzugehen.
- Finanzielle Unterstützung, damit Menschen mit Armutserfahrungen für sich selbst sprechen können und für NGOs die auf Wohnprobleme reagieren, ist essentiell.
- Wohnpolitische Strategien und nationale Aktionspläne zur Lösung von Wohnproblemen müssen entwickelt werden.
- Wohnen und Wohnungslosigkeit soll zu einem thematischen Jahresschwerpunkt im Rahmen der EU-Eingliederungsstrategie werden.
- Die Bereitstellung von öffentlichem und sozialem Wohnraum ist entscheidender Bestandteil einer erfolgreichen Strategie der Bekämpfung von Wohnungsnot.
- Europäische Strukturfondsmittel sollten verstärkt für die Sicherstellung des Zugangs zu leistbarem nachaltigen Wohnraum eingesetzt werden.
- Die Mitgliedsländer sollten sich Ziele setzen, hinsichtlich des höchsten prozentuellen Anteils des verfügbaren Einkommens, der für Wohnkosten ausgegeben werden kann.
- Steuerpolitische Maßnahmen sollten leerstehenden Häusern und Spekulationsgeschäften am Wohnungsmarkt entgegen wirken.
- Die Vermeidung von Diskriminierung beim Zugang zu Wohnraum ist entscheidend. Die entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen der Europäischen Union sollten verstärkt und deren Umsetzung streng überwacht werden.

Auszüge aus der Vorbereitungsarbeit

Spanien, Portugal, Norwegen, Malta, Slowenien, Zypern, Finnland, Frankreich, Vereinigtes Königreich

Was funktioniert

- Das Gute an Mindesteinkommenssystemen ist, dass es sie gibt, die Armut jedoch lösen sie nicht.
- Ein Mindesteinkommen ist ein Instrument, das weit über die Geldtransferleistung hinaus wirkt. Deshalb ist es wichtig, das Image dieser Maßnahme zu erhöhen und dafür zu sorgen, dass der Bezug eines Mindesteinkommens als Recht verstanden wird, und entscheidender Beitrag zur Armutsbekämpfung von Familien und Individuen.
- Ein Mindesteinkommen bereitet den Weg für den Zugang zu weiteren Rechten (Betreuung, Wohnzuschüsse etc.) und zu weiterer möglicher Unterstützung (in den Bereichen Verkehr, Freizeit, Kultur etc.).
- Mindesteinkommensmodelle dienen als Sprungbrett, um das eigene Leben wieder aufbauen zu können.

Was nicht funktioniert

- Der Zugang zu einem Mindesteinkommen wird oft als Privileg und nicht als Recht gesehen.
- Mindesteinkommen ermöglichen es zu überleben, nicht zu leben.
- Der Vollzug ist von Verzögerungen und Bürokratie geprägt. Zu viele Beamte sind involviert. Es bräuchte nur einen einzigen Kontakt.
- Von der Öffentlichkeit wird die Bedeutung des Mindesteinkommens im Kampf gegen soziale Ausgrenzung in Frage gestellt. Es ist wichtig, die öffentliche Meinung dahingehend zu beeinflussen, dass dieses einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Armut und soziale Ausgrenzung leistet. Es muss auch in die Ausbildung all jener investiert werden, die im Vollzug tätig sind (SozialarbeiterInnen, öffentliche Behörden, Zivilgesellschaft, etc.). Viele SozialarbeiterInnen verstehen nicht, worum es letztlich geht und haben eine negative Haltung gegenüber Anspruchsberechtigten.
- Mindesteinkommen liegen häufig unterhalb der Armutsgrenze.
- Junge Menschen zwischen 18 und 25 Jahren haben keinen Anspruch auf ein Mindesteinkommen.
- Es mangelt an klaren Information zu den Systemen und den dazugehörigen Anspruchsvoraussetzungen.
- MindesteinkommensbezieherInnen werden von der Gesellschaft diskriminiert und stigmatisiert, was zu Isolation und niedrigem Selbstwertgefühl führt.
- Unsicherheiten erschweren gute Elternschaft.
- Mindesteinkommensleistungen variieren stark und werden zur „Postleitzahl-Lotterie".

Kommentare aus dem Workshop

- Das Mindesteinkommen hat mir geholfen, mein Leben wieder aufzubauen, mir für mich selbst Zeit zu nehmen und medizinische Versorgung in Anspruch zu nehmen.
- Ein Mindesteinkommen führt auch zu Ansprüchen auf dem Gebiet der Gesundheitsversorgung und Kultur, aber man muss hingehen und das einfordern.
- 90% der Obdachlosen auf der Straße kennen ihre Rechte nicht.
- In Armut zu leben, bedeutet mit Scham bzw. in Schande zu leben.
- Die Einstellung gegenüber Armutsbetroffenen hat sich verhärtet. BezieherInnen von Sozialleistungen werden als arbeitsscheu qualifiziert, obwohl es keine einzige Studie gibt, die dies belegt.
- Wie kurz deine Ausgrenzungserfahrung auch sein mag, du bist von allem ausgeschlossen.
- Wohnungslose Menschen sind keine Nichtsnutze.
- Wenn es wirklich massenhaften Betrug gäbe, wüssten wir davon.
- Junge Menschen zwischen 18 und 25 Jahren haben überhaupt keine Ansprüche.
- AusländerInnen, sogar mit gültigem Visa, haben es sehr schwer, ein Mindesteinkommen in Anspruch nehmen zu können.
- Der Zugang zum Mindesteinkommen ist ein Hindernislauf.
- Armut trotz Erwerbsarbeit nimmt zu. Diese Armut ist unsichtbar.
- Arbeit gilt immer als wertvoller als Leben – das ist nicht richtig.
- Wir wollen unser Geschichte nicht tausendmal immer wieder erzählen.

Zusammenfassung

Das Gute an Mindesteinkommensmodellen ist, dass es sie überhaupt gibt, so die Delegierten, obwohl auch dies nicht überall in Europa der Fall ist. Die Höhe der Einkommen ist jedoch oft unzureichend, da sie nicht auf realen Lebenshaltungskosten basiert. Mindesteinkommen liegen meist unterhalb der Armutsgrenze und sollten zumindest auf dieser Höhe angesetzt werden. Denjenigen, die nicht von ihrer Arbeit leben können, sollte trotzdem ein würdiges Leben ermöglicht werden.

Die Anspruchsvoraussetzungen für ein Mindesteinkommen und die Rechtsansprüche, die sich daraus ergeben, unterscheiden sich von Land zu Land.
Manchmal führt ein Mindesteinkommen zum Anspruch auf weitere Leistungen. Der Zugang zu Mindesteinkommen ist allerdings von langwierigen Prozeduren gekennzeichnet, von sich wiederholendem Papierkram, Verzögerungen und Bürokratie. Nicht alle Menschen, die in eine Notlage geraten, wissen über ihr Recht auf ein Mindesteinkommen Bescheid.

Mindesteinkommensmodelle sollten als dynamische Instrumente für verbesserte Eingliederung bzw. Teilhabe wirken. Beschäftigung ist nicht der einzige Weg zur gesellschaftlichen Teilhabe, diese kann auch durch Aus- und Weiterbildung, Zugang zu Kultur, Gesundheitsversorgung und die Anerkennung gemeinnütziger Arbeit gefördert werden.

Menschen, die vom Mindesteinkommen leben, fühlen sich stigmatisiert. Sie sind mit den Verwürfen arbeitsscheu, träge und sogar betrügerisch zu sein, konfrontiert.

Vorschläge

- Alle EU Mitgliedsländer müssen ein Mindesteinkommensmodell implementieren.
- Armut muss im Zuge der Offenen Methode der Koordinierung auf nicht diskriminierende Weise sichtbar gemacht werden. Dazu braucht es:
  - Mehr Konsultationsforen und konstruktiven Dialog mit Menschen mit Armutserfahrungen, hinsichtlich der Entwicklung, des Monitoring und der Evaluierung politischer Maßnahmen. Wirksame Instrumente und Foren sollten ermittelt werden.
  - Unterstützung für den integrativen Zugang der Europäischen Kommission und die Verabschiedung von gemeinsamen Prinzipien der aktiven Eingliederung, wie sie im Oktober 2008 diskutiert werden.
  - Die Überprüfung der Umsetzung und Einsetzung von Eurobarometer-Studien.
  - Die Verwendung des Konzepts der relativen – anstatt der absoluten – Armut, das jedoch möglichst praxisnahe zum Ausdruck gebracht werden soll.
  - Die Beschäftigung mit den Zusammenhängen zwischen Mindesteinkommen und Armutsgrenzen.
  - Eine Europäische Kampagne für 2010 zur Notwendigkeit eines Mindesteinkommenssystems in allen Ländern.
- Administrative Vorgänge und der Zugang zu Information müssen durch die Einrichtung von One-Stop-Shops vereinfacht werden.
- Mindesteinkommen müssen per Indexanpassung an die reale Inflation angeglichen werden.
- Medien müssen in den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung einbezogen werden.

Empfehlungen

- Mindesteinkommen müssen als dynamisches Instrument verstanden werden, das es Menschen in Notlagen auf einfache Weise ermöglicht, ihre Lebensumstände zu verbessern.
- Mindesteinkommen müssen als Investition in Integration verstanden werden, unter der Berücksichtigung dass Beschäftigung nicht die einzige Strategie zu mehr Teilhabe ist.
- Die TeilnehmerInnen des Treffens beharren darauf, dass es bessere Informationen und Zugang zu Mindesteinkommen braucht. Administrative Vorgänge müssen vereinfacht und transparenter werden und es braucht mehr Respekt für die Würde der Betroffenen (zum Beispiel durch die Einrichtung einer einzigen Stelle für den Vollzug, damit die betroffenen Personen ihre Geschicht nicht ständig wiederholen müssen).
- Mindesteinkommenssysteme dürfen sich nicht auf Geld alleine beschränken, es geht auch um den Zugang zu medizinischer Versorgung, zu Kultur und anderen Ressourcen, die für ein würdiges Leben notwendig sind.
- Die Höhe von Mindesteinkommen muss sich an den realen Lebenshaltungskosten orientieren und dabei auch Preissteigerungen und den jeweiligen Lebensstandard eines Landes, sowie das Wissen der Betroffenen über ihre eigenen Bedürfnisse berücksichtigen. Soziale Organisationen spielen eine wichtige Rolle im Hinblick auf partizipative Methoden der Definition eines Warenkorbes, der alles umfasst, was für ein Leben in Würde notwendig ist.
- Die Europäische Union sollte die Anerkennung von Mindesteinkommen als Aktivposten und Ressource anstatt als reinen Kostenpunkt vorantreiben und die Stigmatisierung von Mindesteinkommensmodellen als „passive Maßnahmen" verhindern.

Workshopberichte – Stellungnahmen und Diskussionsbeiträge

In Abschlussplenum wurde über die in den Workshops entwickelten (und auf den vorherigen Seiten vorgestellten) Empfehlungen berichtet, anschließend wurden diese von Jerome Vignon von der Kommmission, Ludo Horemans, dem Präsident des EAPN, und der Vorsitzenden des Sozialausschusses, Elise Willame kommentiert und beantwortet.

Zusätzlich zu den spezifischen Empfehlungen in den vier Themenbereichen forderten viele Delegierte, dass Evalierungsinstrumente für die Messung des Fortschritts von einem Treffen zum nächsten entwickelt werden müssen. Auch wenn sie akzeptieren, dass die Prozesse der Einbindung von Menschen mit Armutserfahrungen und die Entwicklung effektiver Maßnahmen gegen Armut langwierig sind, bestanden sie auf objektive Kriterien für die Evaluierung der Treffen, damit bei jedem neuen Treffen der Fortschritt im Kampf gegen die Armut bewertet werden kann.

Auch auf die Notwendigkeit einer Evaluierung der Wirkung der derzeitigen EU-Eingliederungs-Strategie wurde im Hinblick auf die Vorbereitungen auf das EU Jahr gegen Armut undsoziale Ausgrenzung 2010 hingewiesen.

Jerome VIGNON ging auf die Forderungen nach einer Evaluierung des Fortschritts zwischen den Treffen ein. Er betonte, dass alle Beteiligten hier mehr Anstrengungen unternehmen müssten, gab jedoch auch zu Bedenken, dass dies zu einer Routine werden könnte, die nur auf Papier stattfindet.
Er wies auf die bereits existierenden wichtige Berichte wie den Gemeinsamen Bericht zu Armut und sozialer Ausgenzung hin und darauf, dass diese Berichte genützt werden müssen, als jene Dokumente in denen deutlich wird, inwieweit die Empfehlungen des Treffen aufgegriffen wurden. Es müsse auch in Betracht gezogen werden, dass Vorschläge der Kommission, wie jener der Strategie der aktiven Eingliederung teilweise bereits eine Reaktion auf die Botschaften dieser Treffen sind. Zusätzliche Papiertiger sollten vermieden werden, vielmehr ginge es darum, dafür zu sorgen, dass die Resultate der Treffen in den zentralen Arbeitsbereichen der Kommission aufgegriffen werden.

Zur Frage der Solidarität bemerkte Jerome Vignon, dass es Mindesteinkommenssysteme in adäquater Höhe brauche, damit diese wirken und dass noch stets viele Menschen keinen Zugang dazu hätten. Im Hinblick auf Sozialdienstleistungen gäbe es auch ein Problem der nationalen Verteilung. Im derzeitigen Klima der Sparkurse müsse die Botschaft der Solidarität vermittelt werden. Die Zusammenhänge zwischen Möglichkeiten, Zugang und Solidarität werden von der Kommission im Zuge der Vorbereitungen für die nächste Sozialagenda der EU berücksichtigt.

Bezüglich der unerträglichen Bedingungen, die von den Delegierten im Zusammenhang mit dem Trend zu individuellen Verträgen erwähnt wurde, verwies Jerome Vignon auf die persönliche Verantwortung. Der Sozialausschuss sollte sich damit beschäftigen wie Verantwortung mit Freiheit kombiniert werden kann.

Hinsichtlich der Möglichkeiten, gute Ideen zu entwickeln, betonte Vignon die Notwendigkeit von Partizipationsprozessen im Rahmen der Vorbereitungen der nationalen Aktionspläne zur Eingliederung. Hier müsse es möglich sein, Vorschläge einzubringen und Ideen, wie sie auf diesen Treffen zum Ausdruck kamen, müssten aufgenommen werden.

Auf Wohn- und Energiepolitik hat die Europäische Union wenig Einfluss, merkte Vignon an, sie kann jedoch indirekten Einfluss ausüben. Forderungen auf diesen Gebieten sollten nicht nur an die Generaldirektion für Soziales sondern auch an andere Generaldirektionen gerichtet werden.

Für den Präsidenten des EAPN **Ludo HOREMANS** war die vorrangige Erkenntnis aus den Debatten jene des Grundbedürfnisses auf garantierte Rechte. Zwar muss gesagt werden, dass im Hinblick auf die Thematisierung von Mindetseinkommen auf der Agenda der EU Fortschritte gemacht wurden, einige Länder haben jedoch noch stets keine Mindesteinkommenssysteme und in allen Mitgliedsländern sind diese Systeme unzureichend. Die Bedeutung von effektiven und adäquaten Mindesteinkommenssystemen muss als zentrale Investition gesehen werden.

Die Eingliederungsstrategie der Europäischen Union hat sich auf Kinderarmut konzentriert. Es braucht nun Aktivitäten, die zeigen, dass eine solche Schwerpunktsetzung tatsächliche positive Ergebnisse bringt. Maßnahmen müssen so früh wie möglich gesetzt werden, um den Teufelskreis der Armut zu durchbrechen.

Die soziale Säule wurde aus der Lissabon-Strategie entfernt, trotz schöner Worte in den Schlussfolgerungen des Rates, ist dies eine Realität. Wenn wir tatsächlich Fortschritte machen wollen, muss der soziale dem wirtschaftlichen Aspekt gleichgestellt werden. Die Bemühungen der Offenen Methode der Koordinierung müssen mit zentralen Entscheidungsprozessen und politischen Anweisungen im Zuge der Lissabon Strategie abgestimmt werden.

Horemans betonte den Unterschied zwischen ökonomischen und sozialen Verträgen. Viel zu häufig setzen soziale Dienstleistungsanbieter heute auf ökonomische Verträge, die jedoch nicht immer den Bedürfnissen jener, die diese Leistungen benötigen, entsprechen. Es braucht verstärkt Debatten bezüglich der Auswirkungen der Liberalisierung auf den Zugang zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse von Menschen mit Armutserfahrungen. Horemans schloss mit einem Hinweis darauf, dass Konsultation und Dialog entscheidend sind, wenn Fortschritte erzielt werden sollen.

Die Vorsitzende des Sozialausschusses **Elise WILLAME** betonte, dass der Ausschuss derzeit an der Strategie der aktiven Eingliederung arbeite, die drei Themenbereiche verbindet: Mindesteinkommen, Sozialleistungen und Aktivierung. Die Forderungen, die auf diesem Treffen erhoben wurden, seien klar in Verbindung mit dieser Debatte zu sehen. Sie betonte

als Vorsitzende des Sozialausschusses dafür Sorge zu tragen, dass die Botschaften des Treffens vom Ausschuss behandelt werden.
Sie ermutigte die TeilnehmerInnen weitere Gespräche über ihre Vorstellungen darüber wie aktive Eingliederung funktionieren könnte mit den Mitgliedern des Sozialausschusse aus ihrem Land zu führen.
Sie unterstrich auch, dass die Vorschläge des Treffens zu einem idealen Zeitpunkt im Hinblick auf die Erstellung der Nationalen Aktionspläne zur Eingliederung 2008-2011 kämen und dass es wichtig sei, dass die Delegierten ihre Boschaften mit den nationalen Verantwortlichen für diese Pläne weiterbesprechen.

Diskussionsbeiträge

Die obigen Stellungnahmen führten zu einer Vielzahl an Reaktionen der Delegierten. Dabei wurde besonders betont, dass viele Menschen auf Dauer in Armut gehalten werden.

Noch einmal wurde die Empörung über die Gewalt gegen Roma in Italien, wie sie durch die von Jugendlichen in Brand gesetzten Romaviertel in Neapel deutlich wird, zum Ausdruck gebracht. Die Delegierten argumentierten, dass dies symptomatisch für ein Defizit an wirksamer Sozialpolitik sei. Die italienischen TeilnehmerInnen riefen Europe dazu auf, sich an die italienische Regeirung zu wenden und gegen diese Situation auszusprechen.

Die Not an der Menschen mit seltenen Krankheiten, vor allem in Malta, leiden, war ein weiteres Anliegen. Eine TeilnehmerIn wies darauf hin, dass das Mindesteinkommen nicht einmal für minimale Ausgaben reiche. Für Menschen aus kleinen Dörfern komme es oft zu einem finanziellen Verlust, wenn sie einen Arbeitsplatz annehmen. Der Zugang zu Strom und Gas müsse vom Staat garantiert und zur Verfügug gestellt werden.
Andere Reaktionen bezogen sich auf die Probleme von NGOs hinsichtlich europäischer Finanzmittel, die direkt an Organisationen des Dritten Sektors ausbezahlt werden sollten. Eine immer wieder gestellte Fage war jene danach, „warum die EU nicht mehr Verantwortung (hat) im Hinblick auf die Sicherstellung einer adäquaten Wohnpolitik in jedem Mitgliedsland?"

Einige der Kommentare wurden in aller Kürze abgefertigt: „Die schönen Worte zu Solidarität werden immer bedeutungsloser, wenn die Kommission keinen tatsächlichen Schritte unternimmt, um ein hohes Level an sozialen Standards zu sichern, wie zum Besipiel das Bestehen darauf, dass jedes Mitgliedsland Mindestsozialhilfebeträge definiert."
Zudem wurde gefordert, dass „die Europäische Union ihre Aktivitäten im Kamf gegen Armut und soziale Ausgrenzung deutlicher sichtbar machen muss".
Mit einigem Erstaunen wurde festgestellt, dass die Lissabon Strategie als erfolgreich gelte. „Das Seltsame ist, dass es noch stets so viel Ungerechtigkeit in Europa gibt."

Schlussfolgerungen

Vladimir SPIDLA, Europäischer Kommisar for Beschäftigung, Soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit

Die Debatten der vergangenen beiden Tage zeigen, dass Armut nach wie vor in der Europäischen Union weit verbreitet ist und nach wie vor für Erschrecken sorgt und uns dazu bewegt, jene Aktivitäten zu setzen, die dazu führen, das Blatt zu wenden.

Wir leben in sogenannten Wohlstandsgesellschaften, in einer Europäischen Union, die Teil der industrialisierten und entwickelten Welt ist, mit einem Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt von 23.000 Euro[1]. Und trotzdem kämpft die Europäische Union noch immer gegen eine erhebliche Armutsquote an. Es ist inakzeptabel, dass 78 Millionen Menschen in der Union von Armut bedroht sind und so viele Individuen gegen Ausgrenzung und Marginalisierung von unserer Gesellschaft anzukämpfen haben.

Solidarität ist ein zentraler Grundsatz der Europäischen Union. Sie ist Teil ihres Ziels und Zwecks und gleichzeitig auch eine der Säulen des europäischen Sozialmodells. Es gibt keine Alternative zum weiteren Streben auf ein Europa mit stärkerer Gleichberechtigung, die niemanden aussen vor lässt. Auf diese Weise arbeiten wir auch auf die in der Lissabon Strategie festgelegten Ziele von mehr Wachstum, Beschäftigung und größerem sozialen Zusammenhalt hin.

Die Staatschefs der Europäischen Union haben sich im Jahr 2000 ausdrücklich zur Bekämpfung von Armut verpflichtet und ihre Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht, diese Plage bis 2010 zu bewältigen.

Kommissar Spidla betonte besonders die folgenden Punkte:

- Erstens: Die Notwendigkeit jede und jeden in die Bekämpfung von Armut miteinzubeziehen, und die Berücksichtigung aller Vorstellungen, insbesondere jener von Menschen mit Armutserfahrungen, durch politische EntscheidungsträgerInnen.
- Zweitens: Aktivitäten der Union zur Unterstützung der Mitgliedsstaaten hinsichtlich eines gemeinsamen Fortschritts in der Bekämpfung von Armut.
- Schließlich plädierte er dafür, den am stärksten benachteiligten Gruppen, die auch am meisten von Armut betroffen sind, die größte Aufmerksamkeit zu widmen.

Wir haben uns hier zum bereits siebten dieser Treffen versammelt. Die Jahre vergehen, unsere Botschaft jedoch bleibt gleich: Menschen mit Armutserfahrungen haben das Recht ihre Stimme zu erheben und müssen gehört werden.

Das erste dieser Treffen im Jahr 2001, das jenen, die normalerweise nicht gehört werden, eine Stimme gab, war ein großer Durchbruch. In den letzten drei Jahren haben wir zusätzlich den Dialog zwischen Menschen mit Armutserfahrungen und entscheidenden politischen Verantwortungsträgern in der Europäischen Union organisiert. Sieben Jahre später haben wir diese Praxis zu einem Instrument der Entscheidungsfindung entwickelt. Als politischer Entscheidungsträger ist dieser Dialog mit Menschen mit Armutserfahrungen von großer Bedeutung für mich. Er stellt einen unerlässlichen Reality-Check dar. Und genau dies ist der Grund, warum wir heute hier sind: damit PolitikerInnen, also diejenigen die für die Reduzierung von Armut ausschlaggebend sind, hören können, was Betroffene zu sagen haben.

Im Laufe der Jahre haben die Treffen zur wachsenden Erkenntnis geführt, dass Armut an mehreren Fronten gleichzeitig bekämpft werden muss. Beschäftigung und Einkommen sind zentrale Themen, darüber sind wir uns alle einig, aber um die Armut hinter uns zu lassen, müssen wir diese Anstrengugnen mit entsprechenden bildungs- und ausbildungspolitischen Maßnahmen koordinieren, mit Wohn- und Gesundheitspolitik, dem garantierten Zugang zu Sozialdienstleistungen und, ganz allgemein gesprochen, mit mehr Integration bzw. Teilhabe.

In diesem Zusammenhang haben wir alle erkennen können, dass die Organisatoren mit ihrer Schwerpunktsetzung auf die folgende vier Teile des Puzzles im Kampf gegen Armut: Wohnen, Mindesteinkomen, Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und Sozialdienstleistungen die richtige Entscheidung getroffen haben.

Was die Europäische Union gegen Armut unternimmt

Es gibt hohe Erwartungen im Hinblick darauf, was die Europäische Union tut, und wir dürfen diese nicht enttäuschen. Die Hauptverantwortung für die Bekämpfung von Armut bleibt bei den Mitgliedsstaaten, aber die Europäische Union muss eine starke Rolle hinsichtlich der Unterstützung dieser Aktivitäten spielen.

Wir müssen die uns zur Verfügung stehenden Instrumente für diesen Kampf bestmöglich nutzen:

- Erstens, die von uns entwickelte Strategie der aktiven Eingliederung, die es uns ermöglicht, weitere Fortschritte hinsichtlich der Integration jener BürgerInnen zu erzielen, die am weitesten vom Arbeitsmarkt entfernt sind. Hier müssen wir insbesondere die Mittel des Europäischen Strukturfonds wirksam einsetzen.
- Die Europäische Union versucht zudem die Aktivitäten der Mitgliedsländer im Kampf gegen Armut durch deren Koordination im Rahmen der sogenannten Offenen Methode der Koordination zu verstärken. Diese Methode bietet den Mitgliedsländern einen gemeinsamen Analyserahmen und eine Plattform zum Austausch, Vergleich und zur Evaluierung der Resultate politischer Maßnahmen.

[1] Chiffres de 2005, source Eurostat

- Die Europäische Union hat darüber hinaus beschlossen, das Jahr 2010 zum Europäischen Jahr der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu machen. Mit einem Budget von siebzehn Millionen Euro versehen, wird dieses Europäische Jahr dazu beitragen, in der allgemeinen Öffentlichkeit ein Bewusstsein dafür zu schaffen, das Armut nach wie vor eine Plage ist, die das alltägliche Leben vieler EuropäerInnen stark einschränkt.

Diese Instrumente ermöglichen es uns, den Kampf gegen die Armut anzugehen. Unsere Gesellschaften werden jedoch von zentralen Herausforderungen bedrängt, die neue soziale Realitäten zum Vorschein bringen. Ich denke hier an Globalisierung, demographischen Wandel, neue Technologien und Klimawandel.

Die Europäische Union muss hier reagieren. Die Kommission hat die Initiative ergriffen und bereitet eine erneuerte soziale Agenda vor, die noch vor dem Sommer präsentiert werden soll. Diese Agenda wird drauf abzielen, all unseren MitbürgerInnen die richtigen Instrumente für eine stabile und nachhaltige Integration in unsere globalisierte und sich ständig wandelnden Welt zur Verfügung zu stellen.

Aufmerksamkeit für die am stärksten gefährdeten Gruppen

Es ist entscheidend, dass im Rahmen dieses generellen Aufschwungs niemand auf der Strecke bleibt. Einige Gruppen, wie Menschen mit Behinderungen, MigrantInnen und ethnische Minderheiten, wie Roma, sind stärker armutsgefährdet als andere.
Diese Gruppen müssen zentrale Aufmerksamkeit im Rahmen unserer Aktivitäten bekommen. Ihre Diskriminierung muss mit einer Dreifachstrategie bekämpft werden.

- Erstens, durch bessern Zugang zu Dienstleistungen.
- Dann, durch die Einhaltung von Anti-Diskriminierungs-Gesetzen, die wir besonders genau beobachten werden.
- Und schließlich, falls notwendig, durch zielgerichtete Methoden. Beispielsweise im Fall der Roma, von denen die überwiegende Zahl – vor allem der Frauen – in Armut lebt. Die Kommission wird Ende Juni einen Bericht von Gemeinschaftsinstrumente zur Förderung der Ingeration von Roma im Rahmen der erneuerten Sozialen Agenda veröffentlichen.

Schlussfolgerungen

Wir müssen uns klar darüber sein, dass die Europäische Union, trotz unseres relativen Wohlstands, keine festen Garantien gegen Armut anbieten kann.

Wenn wir in Richtung Armutsbekämpfung vorpreschen wollen, müssen wir einen umfassenden Angriff auf dieses hartnäckige Phänomen unter zu Hilfenahme aller uns zur Verfügung stehenden Mittel starten. Alle Mitgliedsstaaten müssen dies zu einer Priorität machen und wir müssen uns gemeinsam in dieselbe Richtung bewegen, um gute Resultate zu erzielen.
Die Europäische Union wird ihren Part im Hinblick auf diese Herausforderung zur Gänze erfüllen. Die erneuerte Soziale Agenda die wir in einigen Wochen vorstellen werden, wird uns in dieser Richtung einen weiteren großen Schritt vorwärts bringen, und unserem Vorhaben diese Plage zu beseitigen, und diese mit einer entsprechenden Praxisform verbinden.

Romana TOMC, Staatssekretärin, Ministerium für Arbeit, Familie und Soziale Angelegenheiten, Slowenien

Dieses Treffen wäre wohl ohne die Aktivitäten und Anstrengungen des Europäischen Anti-Armutsnetzwerks EAPN nicht möglich gewesen. Ich möchten dem Netzwerk und dabei besonders seinem Direktor Fintan Farrell und dessen Team meinen Dank aussprechen.

Darüber hinaus möchte ich meinen aufrichtigen Dank gegenüber der Europäischen Kommission, Kommissar Vladimir Spidla, Herrn Vignon und den VertreterInnen der belgischen Regierung, die den Veranstaltungsort für diese zweitägige Treffen zur Verfügung stellte, zum Ausdruck bringen.

Sie haben hart gearbeitet. Sie haben Erfahrungen ausgetauscht, Antworten und neue Lösungen zur Verbesserung Ihrer sozialen Situation gesucht. Außerdem haben Sie Ihre Meinung und Ihre Kritik hinsichtlich einiger Aktivitäten der EU Mitgliedsstaaten auf der Basis der Nationalen Aktionspläne zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung geäußert.

Wir hatten Gelegenheit, diese Fragen in Workshops und am „Marktplatz" zu diskutieren und diese Angelegenheiten direkt mit betroffenen Menschen zu erörtern. Das war eine positive Erfahrung für mich. Slowenien ist sich bewusst, dass das Problem von Armut und sozialer Ausgrenzung auf ernsthafte und verantwortungsvolle Weise angegangen werden muss. Ungeachtet unserer im nationalen Vergleich günstigen Zahlen, sind wir uns der ständigen Herausforderung bewusst, die die Situation von Menschen mit Armutserfahrungen darstellt. Mehr noch, zur Debatte stehen auch die Anstrengungen und Aktivitäten der zuständigen Stakeholder und EntscheidungsträgerInnen hinter den Strategien und spezifischen Maßnahmen, die den Alltag und die Arbeit von jedem Mitglied unserer Gesellschaft, und im speziellen der am stärksten gefährdeten Gruppen und Individuen, beeinflussen. Allzu oft versuchen wir die Globalisierung, den technischen Fortschritt oder die Überalterung der Gesellschaft für unsere nur langsamen Fortschritte in Richtung unserer Ziele verantwortlich zu machen. Zumindest teilweise mag dies auch zutreffen. Im Lichte der Diskussionen der letzten zwei Tage jedoch bin ich zu dem Schluss gekommen, dass sehr vieles erreicht werden kann, wenn wir unsere Politik verbessern und unsere Praxis verändern.

Das diesjährige Treffen hat sich auf vier Elemente im Kampf gegen Armut konzentriert: Sozialdienstleistungen, Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, Wohnpolitik und Mindesteinkommen.
Ich bin davon überzeugt, dass wir die Schlussfolgerungen Ihrer Diskussionen der letzten beiden Tage in die zukünftige Politik der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung integrieren werden.

Jüngste Diskussionen zur erneuerten Sozialen Agenda haben unser Bewusstsein dafür geschärft, dass soziale Ziele in alle EU-Politikfelder aufgenommen werden müssen. Wir müssen Möglichkeiten für eine optimale Entwicklung des individuellen Potentials in allen Lebensphasen schaffen. Wir müssen Zugang zu Bildung, hochwertiger Gesundheitsversorgung, Sozialschutz und zu anderen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse ermöglichen. Zuguterletzt brauchen wir auch Solidarität: für Individuen, wenn diese nicht in der Lage sind für sich selbst zu sorgen, und für die Gesellschaft als solche, damit diese Bestand hat und sich weiter entwickeln kann.

Am Ende dieses Treffens möchte ich speziell all jenen von Ihnen danken, die sich aktiv an den Workshops beteiligt haben, um einen Beitrag zu einem besseren Lebensstandard und der Würde von Menschen mit Armutserfahrungen zu leisten.

Martin HIRSCH, Hochkommissar für aktive Solidarität gegen Armut, Frankreich

Ich möchte auf eine bereits besprochene Tatsache im Hinblick auf ein Mindesteinkommen zurückkommen. Ohne Mindesteinkommen ist ein würdiges Leben unmöglich. Frankreich hat bereits vor 20 Jahren ein Mindesteinkommenssystem eingeführt und mittlerweile beträgt die Zahl der BezieherInnen das Dreifache der Erwartungen. Das Leben bleibt für diese Menschen schwierig, und jene, denen es gelingt einen Arbeitsplatz zu erhalten, verdienen oft wenig mehr als das Minimum, obwohl sie zusätzliche Kosten zum Beispiel für Kinderbetreuung oder Verkehr zu tragen haben.

Solange Arbeitsmarktagenturen nicht damit beginnen, sich auch um MindesteinkommensbezieherInnen zu kümmern – denn man muss nicht als arbeitssuchend registriert sein, um ein Mindesteinkommen zu beziehen – werden wir in einem Teufelskreis bleiben. Arbeitsmarktagenturen sind dazu da, um Menschen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, tun dies aber nicht, da die Behaltefrist von MindesteinkommensbezieherInnen nicht ihren Erwartungen entspricht.

Wie können wir die Dinge so verändern, dass ein Mindesteinkommen nicht länger die bestmögliche Lösung ist? Wie schaffen wir es, Mindesteinkommen so zu gestalten, dass sie zu einem Mindestlohn am Arbeitsmarkt führen? Das ist eine zentrale Frage. Solange wir dieses Problem nicht gelöst haben, werden wir nicht in der Lage sein, die Mindesteinkommen anzuheben, da es bereits zu viele Personen gibt, die ein solches Einkommen beziehen und wir angesichts begrenzter Budgets die Zahl der BezieherInnen reduzieren müssen, wenn wir die Beträge erhöhen wollen.

Die Herausforderung ist noch komplexer, da wir es mit zwei Arten von Mitgliedsländern zu tun haben, mit jenen, die ein Mindesteinkommenssystem haben und jenen, die keines haben. Und sogar jene, die ein Mindesteinkommenssystem haben, müssen dieses neu überprüfen, wenn wir die Zahl der Menschen die in der Europäischen Union in Armut leben, reduzieren und Menschen zurück in die Mitte der Gesellschaft bringen wollen.

Gemeinsam mit der Europäischen Union und der Ratspräsidentschaft müssen wir die relevanten Ziele unterstützen und Menschen mit Armutserfahrungen bitten, sich uns anzuschließen, denn Sie sind es, die diese Ziele erreichen sollen. Wir müssen außerdem dafür sorgen, dass Arbeit und Solidarität Hand in Hand gehen und nicht in entgegengesetzte Richtungen ziehen. Wir müssen die funktionierenden Beispiele guter Praxis in den Blick nehmen und sie auf europäischer Ebene reproduzieren. Was eine Gruppe von BürgerInnen erreicht hat, könnte für Hunderte weitere in Europa vervielfacht werden. Dieses und die zukünftigen Treffen werden das Forum bilden in dem wir die Impulse von dem, was getan wurde aufnehmen und zukünftige Verbesserungen planen werden.

Marian HOSEK, Stellvertretender Minister für Sozialpolitik, soziale Dienstleistungen und Familienpolitik, Ministerium für Arbeit und Soziale Beziehungen, Tschechische Republik

Zuallererst möchte ich mich im Namen der zukünftigen tschechischen Ratspräsidentschaft bei der slowenischen Ratspräsidentschaft, dem EAPN und der Europäischen Union für die Möglichkeit bedanken, hier auf diesem 7. Europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen sprechen zu dürfen. Der slowenischen Ratspräsidentschaft gegenüber möchte ich meine Bewunderung für die ausgezeichnete Organisation dieser Veranstaltung zum Ausdruck bringen.
Die Europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen sind eine einzigartige Gelegenheit der Diskussion zwischen Menschen, die Armut und soziale Ausgrenzung erfahren, jenen, die sie bei der Überwindung ihrer Probleme unterstützen und jenen, die bemüht sind diese alltägliche Problemen durch politische Entscheidungen zu bewältigen.
Für mich persönlich war die Teilnahme an diesem zweitägigen Treffen eine unbezahlbare Erfahrung. Während des gesamten Treffens habe ich aufmerksam der Schilderung ihrer Probleme einen existenzsichernden Arbeitsplatz zu finden und die Kosten für Wohnen, Bildung und Freizeitaktivitäten für Ihre Kinder aufzubringen zugehört. Entsprechend der Länge der Liste Ihrer Anliegen könnte ich hier noch weiter fortsetzen.

Die Tatsache, dass es noch stets mehr als 78 Millionen Menschen in Europa gibt, die unter der Armutsgrenze leben ist alarmierend. 19 Millionen davon sind Kinder. Ein wirksames Sozialschutzsystem und politische Maßnahmen zur Vermeidung von Armut können diesen Menschen helfen. Auf Ebene des Staates und der öffentlichen Verwaltung ist es dabei notwendig ein Denken in strikt voneinander getrennten Bereichen, das im Hinblick auf Instrumente und Maßnahmen der Armutsbekämpfung noch stets vorherrschend ist, hinter uns zu lassen. Eine angemessene Kombination verschiedener Politiken, die gleichzeitig auf Prävention und auf Anreize setzen, ökonomisch aktiv und nicht länger abhängig von Sozialleistungen zu werden, muss gefunden werden. Auf europäischer Ebene bleibt es entscheidend den Dialog über Armuts- und Ausgrenzungsprobleme fortzusetzen und die Kooperation und den Austausch zwischen Mitgliedsländern bezüglich bewährter Maßnahmen zu stärken.

Im Jahr 2007 gab ein Drittel jener Menschen, die danach gefragt wurden, wovor EuropäerInnen Angst haben, „Arbeitslosigkeit" zur Antwort. Kriminalität, Gesundheitsversorgung, Preissteigerungen, Migration und Renten bzw. Pensionsvorsorge lösen ähnliche Ängste aus. Die gute Nachricht war, dass die Angst vor Arbeitslosigkeit im Vergleich zu den Vorjahren gesunken war. Beschäftigung, Mobilität innerhalb des Arbeitsmarktes und die aktive Eingliederung jener, die am weitesten vom Arbeitsmarkt entfernt sind, stellen die Prioritäten der kommenden drei Ratspräsidentschaften dar, jener von Frankreich, der Tschechischen Republik und Schweden.
In der Zeit ihrer Ratspräsidentschaft möchte die Tschechische Republik die Politik der Sozialdienstleistungen im Sinne der aktiven Eingliederung, gemeinsam mit Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration und für ein garantiertes Mindesteinkommen weiterverfolgen. Im Blick auf eine zunehmend älter werdende Bevölkerung werden sowohl die Bedeutung als auch das Potential sozialer Dienstleistungen zunehmen.
Sozialdienstleistungen, besonders jene mit präventivem Charakter, verstärken die Fähigkeiten jener, die diese nutzen und führen zu sozialer Eingliederung. Sie stellen jene entscheidende Unterstützung bereit, die es Menschen ermöglicht ihre Würde zu bewahren und gemeinsam mit allen anderen am Sozialleben teilzunehmen. In der Tschechischen Republik führen wir derzeit eine Reform der Sozialdienstleistungen durch, die auf die Entwicklung eines Sozialdienstleistungssystems abzielt, das menschlichen Bedürfnissen und sozialen Entwicklungen entspricht. Wir achten darauf, dass Entscheidungen über Dienstleistungen möglichst nahe am Leben der Personen und deshalb in den Gemeinden, in denen die Menschen leben, getroffen werden. Die Zeit unserer EU-Ratspräsidentschaft möchten wir nutzen, um die Fortschritte die wir hinsichtlich der Qualität und Verfügbarkeit sozialer Dienstleistungen erzielt haben, zu teilen.

Der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung ist unser gemeinsames Ziel und muss als solches sichtbar werden. Darum werden sich die zukünftigen drei Ratspräsidentschaften bemühen, die Vorbereitungen für eine Entscheidung des Europäischen Rats und des Parlaments, das Jahr 2010 zum Europäischen Jahr des Kampfs gegen Armut und Ausgrenzung zu erklären, abzuschließen.

Abschließend möchte ich die Bedeutung dieses Treffens betonen und Sie herzlich zum 8. Europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen einladen, das 2009 unter tschechischer EU-Präsidentschaft in Brüssel veranstaltet werden wird.

Ludo HOREMANS, Präsident des EAPN

Ich möchte mich auf die Worte von Kommissar Spidla zum im Jahr 2000 von den Staatschefs gegebenen Versprechen bis 2010 einen „entscheidenden Beitrag im Kampf gegen Armut zu leisten" beziehen. Wir haben zwei Drittel des Weges bis zur für die Erreichung dieses Ziels gesetzten Frist hinter uns und bereiten uns auf die entsprechende Beurteilung vor. Jetzt schon wissen wir jedoch, dass der Beitrag keinesfalls entscheidend sein wird. Sogar jene Zahlen, die manchmal die Realität zu beschönigen vermögen, zeigen, dass wir nur geringe Fortschritte gemacht haben.

2010 wird das Europäische Jahr der Bekämpfung von Armut und das Ende der Lissabon Strategie sein. Dies bietet Gelegenheit sowohl den ökonomischen als auch den sozialen Teil der Strategie zu evaluieren. Es wird auch der richtige Zeitpunkt für eine neue Verpflichtung der Staats- und Regierungschefs sein, mit klaren Zielen und Vorhaben, damit der Fortschritt Jahr für Jahr überprüft werden kann.

Bevor diese neue Versprechen machen, möchte ich die europäischen Institutionen (die Kommission, den Rat und das Parlament) auffordern, eine angemessene, gründliche und umfassende Evaluierung der vergangenen Periode durchzuführen. Wir möchten dabei betonen, und wir werden darauf bestehen, dass die Lissabon-Strategie nicht nur von Wirtschaftspartnern beurteilt wird, sondern von allen Akteuren, die davon betroffen sind, darunter auch Menschen mit Armutserfahrungen.
Ich hoffe, dass die derzeit in Arbeit befindliche erneuerte Soziale Agenda Möglichkeiten eröffnet, diese Evaluation mit allen Akteuren durchzuführen.

Dabei richte ich meinen Erwartungen nicht nur an die europäischen Institutionen. Ich glaube, dass wir alle als Delegierte dieses Europäischen Treffens Druck auf unsere eigenen Regierungen ausüben müssen, damit es zu dieser umfassenden Evaluierung und zu einer neuen Verpflichtung hinsichtlich der zukünftigen Periode kommt.

Liste des participants

Delegierte

Österreich		
Frau	**HLAWATY Waltraud**	Strassenzeitung Augustin
Frau	**GNAHORE Christiane**	International Centre for Black Women's Perspektive
Frau	**ZEHENER Gabriele**	Strassenzeintung Kupfermuckn
Herr	**GACH Peter**	SHG fMisl
Herr	**SCHÜTTE Michael**	Strassenzeitung Augustin
Belgien		
Herr	**MEULEMAN Daniël**	T'Hope Roeselaere
Herr	**ROSIERS Paul**	Recht Op Borgerhout
Herr	**KONTSYBOVSKY Anatole**	Marche-En Famenne
Frau	**DRAYE Solange**	gadl
Herr	**EL OUARRAK Fouad**	Comité de la Samaritaine, Bruxelles
Bulgarien		
Frau	**JELIAZKOVA Maria**	EAPN Bulgaria
Frau	**PAVLOVA Ekaterina**	Parliament Roma
Herr	**BLAGOEV Simeon**	Parliament Roma
Herr	**GEORGIEV Petar**	Parliament Roma
Frau	**PARASKOVA Silvia**	EAPN Bulgaria
Tschechische Republik		
Frau	**TURONOVA Renata**	Kofoedova skola
Frau	**SOTKOVSKA Lenka**	Kofoedova skola
Frau	**MITREGOVA Dana**	Kofoedova skola
Herr	**MAROSZ Karel**	Kofoedova skola
Frau	**HEBNAROVA Danuta**	Kofoedova skola
Zypern		
Frau	**KAZANTZIS Ninetta**	EAPN Cyprus
Frau	**APOSTOLIDOU Efrosini**	
Herr	**STAVROU Georgios**	
Herr	**MIKELLIS Michalakis**	
Dänemark		
Frau	**VEJBO Dorthe**	Kofoedskole
Herr	**HOLMGREM René**	SAND
Frau	**GOURDE DAVIES Jeanine**	Kofoedskole
Frau	**KÜNKELS Gitte**	Kofoedskole
Frau	**BAY France Annalise**	SAND
Finnland		
Herr	**MIKKONEN Juha**	Association for Healthy Lifestyles - EAPN Finland
Herr	**PARKKONEN Jouni**	
Herr	**LEVO Harri**	Rovaniemi arear unemployed association
Herr	**KARHU Heikki**	Ass. For unemployed in Nurmijârvi disctrict
Frau	**VALKAMA Satu**	
Frankreich		
Herr	**OGER Aymeric**	Ile de France
Herr	**JACQUES Marc**	Armée du Salut Marseille
Herr	**NICOLOSI Tiziano**	
Herr	**BRELIN Bruno**	CHRS Le Château
Herr	**GRIVA Jean-Philippe**	

Deutschland		
Herr	**SCHMIEDL Robert**	ver.di.Regionserwerbslosenausshus Götingen
Frau	**SCHMIDT Dorothée**	Verb.alleinerziehendr Mütter und Vätter Kreisverband Mettmann e.V
Herr	**SCHRÖTTER Jens E**	Institut für Angewandte Armut
Herr	**KADIOFSKY Peter**	Hilfe im Nordend
Frau	**BIEHN Erika**	EAPN Germany
Herr	**JECKEL Wolfgang**	
Griechenland		
Frau	**PAPAGIANNOGLOU Lisa**	EAPN Greece
Frau	**SIDIROPOULOS Odysseas**	ARGO
Frau	**GIANNOULA Magga**	Rom Organisation for Women
Frau	**MARINAKI Litsa**	Centre for Family and Child
Frau	**SARANTOPOULOU Korina**	Ariadni
Ungarn		
Herr	**GOSZTONYI Geza**	Hungarian Anti Poverty Network
Frau	**CSIKINE PUPORKA Andrea**	Hungarian Anti Poverty Network
Herr	**BIRI IHerre**	Hungarian Anti Poverty Network
Frau	**DUKA Andrea Ariann**	Hungarian Anti Poverty Network
Frau	**SZARVAK Eva**	Hungarian Anti Poverty Network
Irland		
Frau	**LYNCH Kay**	EAPN IReland
Frau	**MBUGUA Salome**	African Women's Network
Herr	**SHINE Billy**	Athlone Simon
Herr	**MACKIE Michael**	Galway Simon
Frau	**NEWMAN Lucy**	
Frau	**BRILL Sammy**	Muscular Dystrophy Ireland
Italien		
Herr	**PALAIA Antonio**	Associazione Amici di Piazza Grande - Bologna
Herr	**NATURALE Ciro**	Coop. Sociale Lasciaa - Perugia
Herr	**MELE Carlo**	Caritas, Avellino
Herr	**BATTAGLIA Giuseppe**	Il Pioppo, Napoli
Herr	**GRGA Mirko**	Comunità di Capodarco
Herr	**SABRINA Emilio**	Associazione Europa, Bari
Herr	**DE ACUTIS Giorgio**	Casa dei Diritti Sociali Focus - Roma
Litauen		
Frau	**BARANAUSKAITE Vaida**	Baltic Foundation Heifer International
Frau	**BAGDONAITE Loreta**	Babrungas Community
Frau	**PETKUNIENE Jane**	Reskutenai Community
Herr	**USINSKIS Albertas**	Tarosai Community
Luxemburg		
Frau	**ALEIXO DELGADO Sonia**	Ligue médico-sociale
Frau	**ROMAIN Collette**	
Malta		
Rev	**BUSUTTIL Edgar**	EAPN Malta
Frau	**SCHEMBRI Simone**	ADHD/ASD
Frau	**SAID Diane**	Paula Freire Institute
Herr	**WEAVER Daniel Martin**	YMCA

Niederlande		
Frau	**SMEEKES Alida**	Local Senior Coucil EAPN
Frau	**GLASHOUWER Sara**	EAPN NL
Herr	**HENDRIKS Jan**	EAPN NL
Frau	**VAN BUUREN Ellie**	Local Client Council
Frau	**LEEMKUIL Sonja**	Local Client Council
Norwegen		
Frau	**FRAGAAT Liv Airin**	Welfare Alliance
M	**VON ELY Vigdis**	Velferdsalliansen
M	**BARLOW Ross**	Velferdsalliansen
Frau	**TORGEIR Tangvik**	Total Rehab
Herr	**KARLSEN Svein**	Velferdsalliansen
Polen		
Frau	**SLEDZ Maria**	
Herr	**EYCKE Pawel**	Barka
Herr	**NOWAK Bartlomiej**	Barka
Frau	**KUKLINSKA Jolanta**	Przystan
Frau	**KNOP Justyna**	Przystan
Portugal		
Herr	**PAIVA Julio**	EAPN Portugal
Herr	**CASTRO Francisco**	Gabinete de Atendimento à Familia
Frau	**PEREIRA Helen**	EAPN Lisboa
Frau	**PELUICO Ana**	EAPN Portoalegre
Herr	**PEREIRA Manuel**	Clube Academico de Leiria
Slowakei		
Frau	**BENOVA Nina**	SAPN
Herr	**SEBO Stefan**	o.z. Pramen nadeje
Herr	**SIPOS Jaroslav**	Proti prùdu
Frau	**RACICKA Eva**	Proti prùdu
Slowenien		
Herr	**NOUHOUM Ibrahim**	Humanitas
Herr	**HARIS Jakob**	Kings of the Street
Frau	**GLAVAC Jadranka**	Safe Shelter
Herr	**CENCELJ Ivan**	Ass. Of unemployed and social threatened Slovenia
Spanien		
Frau	**EIGUREN Julene**	EAPN Spain
Frau	**GANCZARCZYK Maja Agata**	EAPN Spain
Herr	**SADI Idriss**	ACCEM Guadalajara
Herr	**DELGADO BAUTISTA Pedro**	Ofincina Tecnica Plan Integral Distrito V
Frau	**RODRIGUEZ CARRILLO Vilma Carmen**	ADIFE
Frau	**FERNANDEZ Maria Luisa**	EAPN Spain
Schweden		
Herr	**KARLSSON Willy**	EAPN Sweden
Herr	**CANABATE Marcos**	
Frau	**GARDBO Bo**	
Herr	**SVENSSON Gert Owe**	EAPN Sweden
Herr	**LANDEN Per**	Aluma

Rümänien	
Frau **RADUT Elena Andreea**	Foundation for Education
Vereinigtes Königreich	
Frau **GIBSON Julie**	UK Coalition against Poverty
Frau **McSORLEY Bernadette**	UK Coalition against Poverty
Frau **MONODU Vickar**	UK Coalition against Poverty
Frau **MOORE Kate**	UK Coalition against Poverty
Frau **FORSYTH Marie**	UK Coalition against Poverty
Frau **STEWART Donna**	UK Coalition against Poverty
Vorsitzende	
Frau **LESKOSEK Vesna**	University Of Ljubljana, Faculty of Social Work
RednerInnen	
Herr **SPIDLA Vladimir**	EU Commission, Commissioner for Employment Social Affairs & Equal Opportunities
Frau **COTMAN Marjeta**	Minister of Labour, Family and Social affairs, Slovenia
Frau **TOMC Romana**	State Secretary, Ministry of Labour, Family and Social affairs, Slovenia
Herr **VIGNON Jérôme**	EU Commission, Director Social Protection & Integration
Dr **HOSEK Marian**	Deputy Minister for Social Policy, Social Services & Family Policy, Czech Republic
Herr **HIRSCH Martin**	High Commissioner for Active Inclusion against Poverty, France
Herr **HOREMANS Ludo**	EAPN, President
Slowenisches Ministerium	
Frau **OSLAJ Danica**	Ministry of Labour, Family and Social Affairs, Slovenia
Frau **JUVAN Nika**	Permanent Representation Slovenia
Frau **MARIC Nina**	International Cooperation and European Affairs, Ministry of Labour, Family and Social Affairs, Slovenia
Frau **TRUPI Terezija**	Public Relations, Ministry of Labour, Family and Social Affairs, Slovenia
Frau **ROJKO Neza**	Ministry of Labour, Family and Social Affairs, Slovene - Interpreter
Frau **BEC Marjeta**	Head of Minister's Office, Ministry of Labour, Family and Social Affairs, Slovenia
Französisches Ministerium	
Frau **PALPANT Catherine**	Cabinet du Haut Commissaire pour l'inclusion active contre la pauvreté, France
Frau **SAINTOYANT Valérie**	Représentation Permanente, France
Frau **KEIRLE Marie**	Ministère du Travail, Relations sociales, Famille & Solidarité DGAS, France
Ministerium der Tschechischen Republik	
Frau **ZAJAROSOVA Zuzana**	Ministry of Labour & Social Affairs, Czech Republic
Frau **HACAPERKOVA Dana**	Ministry of Labour & Social Affairs, Czech Republic
Frau **MURYCOVA Petra**	Ministry of Labour & Social Affairs, Czech Republic
Herr **SUDA Radek**	Ministry of Labour & Social Affairs, Czech Republic
Belgisches Ministerium	
Frau **DEMEYER Magda**	Secrétariat d'Etat à la lutte contre la pauvreté, Expert, Belgique
Herr **VANDENBUSSCHE Johan**	Ministère belge de l'Integration sociale, Belgium
Ministerien /Mitgliedsländer (SPC)	
Herr **DRAGANOV Dragomir**	Ministry of Labour & Social Policy, Bulgaria
Herr **IRLENKAEUSER Rainer**	Federal Ministry of Labour and Social Affairs, Germany
Dr **GAZON Eric**	Ministry of Employment and Social Protection, Greece
Herr **REYNOLDS Dave**	Department of Social & Family Affairs, Ireland
Frau **VELLA Marie Grace**	Ministry for Social Policy, Malta
Frau **SEBOVA Nadezda**	Ministry of Labour, Social & Family , Policy Section, Director General, Slovakia
Herr **HETTES Miloslav**	Ministry of Labour, Social & Family , International Affairs, Slovakia

Herr **PAVOL Juhas**	Permanent Representation of Slovakia
Frau **ERIKSSON Anne**	Ministry of Social Affairs & Health, Finland
Frau **WILLAME Elise**	President, Social Protection Committee
Frau **PIGNATELLI DEMEE Maria Cecilia**	Ministry of Labour & Social Solidarity, Portugal
Herr **SULKA Kastriot**	Deputy Minister of Labour, Social Affairs and Equal opportunities, Albania
Frau **OSTOJIC Jasmina**	Ministry of Health and Social Welfare, Head of Unit, Croatia
Frau **FRANKOVIC Snjezana**	Ministry of Health and Social Welfare, Senior adviser, Croatia
Herr **PAULIG kasper**	Ministry for Health and Social Affairs, Sweden
Frau **GRIFFITHS Tricia**	Department for Work & Pensions, UK
Herr **MARCUCCI Fabrizio**	Ministero della Solidarietà Sociale, Italy
Frau **KING Brenda**	SPC
EU Kommission	
Frau **PARASKEVAS Marie-Anne**	EU Commission DG Employment
Herr **PACI Stefano**	EU Commission
EU PROGRESS	
Frau **DOVGAN Diana**	CECOP- CICOPA Europe
Herr **HALLORAN John**	European Social Network, Director
Herr **GUENTNER Simon**	Eurocities
EU Institutionen	
Frau **SHARMA Madi**	EESC
Herr **VLADYCHENKO Alexander**	Council of Europe, Director General of Social Cohesion
Herr **ANDERSON Robert**	Dublin Foundation
ETUC	
Herr **DERRUIME Olivier**	ETUC/CES
WissenschafterInnen	
Herr **ATZMÜLLER Roland**	FORBA Working Life Research Unit, Austria
Herr **DIERCKX Danielle**	University of Antwerp
Herr **MARLIER Eric**	CEPS-INSTEAD Research Institute
Europäische NGO's	
Frau **HOEL Anne**	Social Platform
Frau **LEAL Mafalda**	Eurochild
Frau **RENOUX Marie-Cécile**	ATD Quart Monde
Herr **FARRELL Fintan**	Director EAPN
Herr **CESNOVAR Christof**	AKEUROPA
Resource Persons	
Frau **STARIC STRAJNAR Barbara**	Ministry of Labour, Family and Social Affairs, Slovenia
Frau **STEENBERGEN Barbara**	International Union of Tenants
Frau **ROUMET Claire**	CECODHAS
Frau **PAASCHE Silke**	FEANTSA Brussels Belgium
Frau **RABAU Muriel**	Permanent Representation Belgium
Herr **POLACEK Richard**	Social Platform
Frau **JONES Sian**	EAPN Irland
Herr **DE BUCQUOIS Patrick**	Caritas Europa
Frau **JONES Laura**	Eurodiaconia
Herr **LELIE Peter**	European Commission
Herr **SAINT-DENIS Antoine**	EU Commission DG Employment, Social Affairs
Herr **VAN GEERTSOM Julien**	Public Planning Service for Social Integration, Belgium

Herr **CHAMPEIX Claire**	EAPN
Herr **CALANDRINO Michele**	European Commission DG EMPL
Herr **GEKIERE Wouter**	European Parliament, Advisor
Herr **SOPI Aziz**	CPAS de Forest, Belgium
Frau **CLARKE Penny**	EPSU
WorkshopleiterInnen	
Herr **GINNELL Paul**	EAPN Ireland
Frau **GUIDICELLI Marie**	Armée du Salut, France
Herr **HERMANS Marja**	Welzijnszorg, Belgium
Frau **KOCMANKOVA Dagmar**	Novy Prostor, Czech Republik
Herr **MARGUERY Olivier**	Fondation de l'Armée du Salut, France
Frau **MOSER Michaela**	Die Armutskonferenz, Austria
Frau **COLINET-DUBOIS Geneviève**	EAPN France
Frau **CALVANELLI Laura**	Caritas Firenze, Italia
Frau **GORIS Josée**	Public Planning Service for Social Integration, Belgium
Frau **CESARINI-SFORZA Letizia**	CILAP EAPN Italia
Frau **O'KANE Catri**	Simon Communities, Ireland
Frau **WIN Aye Aye**	Dignity International
Frau **OSINSKA Anna**	ATD Quart Monde, Pologne
Herr **PAIVA Julio**	EAPN Portugal
Koordinatorin	
Frau **GERONDAL Micheline**	EAPN
Konferenzbericht	
Herr **VEREECKEN Léopold**	CPAS, Ville de Bruxelles
EAPN Sekretariat	
Frau **FLEMAL Coralie**	EAPN
Frau **DAHMEN Sigrid**	EAPN
Frau **LEE Rebecca**	EAPN
Herr **LEMMENS Philippe**	EAPN
Presse & Medien	
Frau **GUEUDET Audrey**	EAPN
Frau **STOKOJNIK Tinca**	Representation permanent Slovenian
Herr **DAKOUA Raymond**	Photographe
Herr **McBRIDE Conor**	Irish TV Team
Herr **RYAN James**	Irish TV Team
Frau **TONNEAU Nicole**	UBUNTU Film
Frau **MOSER Maria**	ORF (Austrian TV)

Mit Unterstützung der Europäischen Kommission und der Belgischen Regierung
Organisiert unter Mitwirkung des European Anti Poverty Network (EAPN)

Redakteur: Léopold VEREECKEN
Koordinatorin: Micheline GERONDAL
Fotograf: Raymond DAKUA

ISBN 978-2-930252-46-9

Die Originalversion dieses Berichts wurde in französischer Sprache verfasst.

EUROPEAN ANTI POVERTY NETWORK